

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

59. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mk., monatlich 50 Pf., einjährl. Postbefreiung. Nur Postbezug. Erscheinungstag: Dienstag, Donnerstags und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 28. Mai 1921

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 50 Pf., die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Reichweiten 1,50 Mk. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 60

Die „Richtungsfreiheiten in den Gewerkschaften“ — Arbeitsaristokratie

Die Kollegen Stürz, Linke und Kolke haben in voriger Nummer einen ganzen Komplex von Fragen und Vorschlägen angehängt. Mit Ausnahme des Arbeitsaristokratiegesetzes ist aber nichts davon aktuell, hat nicht einmal die ihnen von den Artikelschreibern beigegebene prinzipielle Bedeutung. Darüber ist im Vorkurs der letzten Nummer schon einiges gesagt worden. Unserer Ansicht nach, auf diese drei Artikel zum Zwecke sachlicher Klärung einzugehen, kommen wir hiermit nach. Hauptsächlich trägt das zu der von dem Kollegen Stürz oermittelten richtigen Erziehungsmethode der Gewerkschaften bei. Den „Clou“ mit der Behandlung der Objekte Arbeitsgemeinschaft, Tarifgemeinschaft und Lohnvertrag können unsere Leser jedenfalls erst in übernächster Nummer erwarten. Schwere Stoff muß eingeleitet werden! Außerdem hat namentlich der Kollege Stürz in solcher Häufung gewagte Behauptungen aufgestellt, daß es umfangreicher Darlegungen bedarf, um alles einigermaßen einzureihen, damit die Dinge mit dem richtigen Verstand gesehen werden können. Wenn sich die jüngeren Kollegen an solchen Artikeln ihren gewerkschaftlichen Habitus allein kräftigen sollten, dann würden sie später diese gewerkschaftliche Erziehungsmethode und ihre Urheber wohl sehr bedauern.

Wenn von „Richtungsfreiheiten in den Gewerkschaften“ gesprochen wird oder von „Gegenätzen zwischen den einzelnen Richtungen innerhalb der Gewerkschaften“, wie es Kollege Stürz in seinem Artikel ebenfalls tut, und man vernimmt dafür als Gründe angegeben die „reformistische Betätigung“ derselben sowie die Ablicht einer „schlechtschrieblichen Überbrückung der Klassengegensätze“ mit der Krönung der „Stellung des Gewerkschaftsbundes zur Frage der Arbeitsgemeinschaften“, dann muß man Haunen über diese ebenso kühnen wie unwillkürlichen Behauptungen. Die Arbeitsgemeinschaften stellen gar kein aufwühlendes Problem dar, sie sind auch kein Streitobjekt von grundsätzlicher Bedeutung, sondern nur eine Frage der Zweckmäßigkeit, über die die Meinungen wohl auseinandergehen, die aber ohne Herausforderung von wirklichem Gegenstandlichkeiten in den Gewerkschaften gelöst werden können. Der nächste Gewerkschaftskongress wird die Klärung darüber bringen. Kollege Stürz darf sich für seinen Standpunkt keinesfalls auf seinen Antipoden Linke berufen, denn dieser mit der extremen gegenständlichen Auffassung steht ebenso fähig über das Ziel hinaus und wird auch keine große Gemeinde finden.

Was der Kollege Stürz sonst noch als Richtungsfreiheit in den Gewerkschaften bezeichnen sieht, sind Schlagworte, die in Staub zerfallen, wenn man sie berührt. Es gibt nämlich keine Richtungsfreiheit aus gewerkschaftlichen Ursachen, sondern nur aus parteipolitischen Gründen. Das ist allerdings, um mit dem Kollegen Stürz zu sprechen, auf die „lebende Reise eines Teiles des Proletariats“ zurückzuführen, und zwar eines Teiles, nicht so kleinen. Aber über diesen Jammervollen Zustand, der dem Unternehmertum so manche Postillon zurück- und sogar neuverobert gestaffelt seit 1918, haben wir schon so viel geschrieben und in den Nummern 38 und 41 (zwei von unsern Kommunistenartikeln) erst wieder Grundlegendes und Tatsächliches in Menge, daß wir die Denkfähigkeit unserer Leser beleidigen würden, sollte darauf hier abermals eingegangen werden. Das ein Gauvortreter unseres Verbandes darüber unwillig sein könnte, würden wir für unmöglich halten, wenn aus dem Artikel des Kollegen Stürz nicht ein solcher Erkenntnis-mangel sprechen würde.

Selbst in kommunistischen Arbeiterkreisen wird das, woran die Gewerkschaftstellungen und der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund ganz und gar unschuldig sind, was sie im Gegenteil auf das fleißig beklagen: der jetzt nur noch von den Kommunisten und Unionisten genährte

Richtungsfreiheit in den Gewerkschaften, schon als gemeingefährlich für die Arbeiterklasse bezeichnet. Als vor einigen Wochen im Saargebiet eine sich hauptsächlich gegen den alten Bergarbeiterverband richtende Industrie- und Gewerkschaftszentrale von den Kommunisten errichtet wurde, haben einige kommunistische Parteimitglieder mit ihrer Unterschrift öffentlich sich gegen dieses Beginnen gewandt. Es heißt darin:

Die Bildung einer kommunistischen Industrie- und Gewerkschaftszentrale im Saargebiet bedeutet die Bildung einer besonderen Organisation im Rahmen der bestehenden. Die Folge dieses Vorgehens ist Zersplitterung und Schwächung der freien Gewerkschaften. Wer diesen Schritt mitmacht, ist nicht Kommunist, sondern Helfer der Kapitalisten.

Da haben wir einen Ausfluß des bewußten Richtungsfreistritts in krasser Form! Wenn dann eine Gewerkschaftsleitung daran geht, dessen Treiber und Schürer nach den statutarischen Vorschriften als Schädlinge der Organisation zu behandeln, dann erhebt die kommunistische Presse ein Mordsgeschrei über „Zertrümmerung der Gewerkschaften“.

Wenn dieser elende, zur Zersplitterung führende Streit nicht wäre, dann wären die Gewerkschaften eine so einig, geschlossene und starke Macht wie noch niemals. Auch in den unabhängigen Wäldern kann man häufig die Behauptung finden, die Gewerkschaften wären das letzte Bollwerk gegen die Reaktion und den erstarkenden Kapitalismus; deswegen müßten die parteipolitischen Richtungsfreiheiten von ihnen ferngehalten werden. Tatsächlich arbeiten die der SPD. und der USPD. politisch angehörenden Gewerkschaftsmitglieder in einem sich immer mehr verschärfenden Verbände miteinander.

Was Kollege Stürz den Gewerkschaften unterstellt, eine mit dem Unternehmertum immer mehr zusammengehende Koalition zu sein, ist eine ganz abwegige These. Aus dem Leitartikel der „Leipziger Volkszeitung“ vom 25. Mai d. J., der „Gewerkschaftsdisziplin und Unternehmerrisiko“ überschrieben ist, wird er das inzwischen erfahren haben. Wir entnehmen daraus folgende Sätze und unterstreichen sie als richtig:

Der Klassengegensatz zwischen Kapital und Arbeit bildet die Grundlage zu der modernen Gewerkschaftsbewegung. Er muß in unserer Zeit der Konzentration und Riesenerfolge besonders scharf betont werden. Das schließt nicht aus, daß bei der technischen Betriebsführung gewisse gleichlaufende Interessen zwischen Gewerkschaft und Betriebsverwaltung bestehen.

Die Frage ist nur: Sollen diese Regeln des Zusammenarbeitens von der Betriebsleitung einseitig festgesetzt werden, oder sollen die Gewerkschaften und vor allem die Betriebsräte bei der Ausarbeitung der Arbeitsordnung weitgehendstes Mitbestimmungsrecht erhalten?

Die Gewerkschaft muß den Lohnegoismus der „Mißler“ und die Selbstsucht einzelner Berufsgruppen energisch bekämpfen und eine Gelamtdisziplin der Betriebsbelegschaft mit allen Mitteln fördern. Das geschieht nicht im Interesse des Kapitals, sondern der Arbeiterklasse selbst. Wir haben kein Interesse an der Betriebsarrache, sondern an dem geordneten Verlaufe der Produktion, die wir nur unterbrechen wollen, wenn der organisierte Kampf der Klasse es erfordert.

Der Artikel richtet sich gegen die Mißwirtschaft der Kommunisten in den bekannten Leunawerken, deren Leitung nun mit einer scharfen, anscheinend alle Arbeitsbedingungen einseitig regelnden Arbeitsordnung über den Kommunistenpolitisch usw. quillert und den Einfluß der Gewerkschaften in diesem Riesenerfolge damit vollständig aufhebt. Will nun Kollege Stürz als Verräter auch gegen die „R. V.“ auftreten, wie er es doch gegen den Gewerkschaftsbund gewissermaßen in seinem Artikel getan hat?

Tatsächlich sind ja die deutschen freien Gewerkschaften seit 1918 kräftig über ihren Aufgabenkreis hinausgewachsen und erwerben sich zunehmend als wirtschaftspolitische Faktor. Die Sozialisierungsfrage ist bei ihnen nicht von der Tagesordnung abgelehnt, wird vom Bauarbeiterverbande sogar schon zu einem Teil praktisch auszuwirken versucht. Das im allgemeinen die Gewerkschaften hier noch nichts Politisches erreichen konnten, fällt ihnen am wenigsten zur Last. Man muß sich dessen bewußt sein, daß die deutsche Revo-

lution ihre Marneschlacht im Januar 1919 hatte, die sich für den Kommunismus im März 1921 noch schlimmer wiederholte.

Der amerikanische Gewerkschaftsbund ist bekanntlich jetzt aus der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ausgeschieden — im „Vorwärts“ vom 18. Mai morgens wird darüber ein sehr instruktiver Artikel gebracht mit großen Deutlichkeiten von Dudgeest an Compers —, weil sie revolutionäre Tendenzen habe und die Sozialisierung verlange. Wir haben schon in Nr. 30 einiges darüber geschrieben. In Amsterdam spielt aber der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund mit seinen alten Organisationen und deren 8 1/2 Millionen Mitgliedern wahrlich nicht die letzte Geige. Wie will Kollege Stürz diese für die deutschen Gewerkschaften doch nur ehrenden Tatsachen mit seinen vagen Behauptungen über deren sozusagen verpöhlende Tendenz zusammenbringen?

Weiter: Es ist bekannt, daß die Unabhängige Partei bei der Bildung der neuen Reichsregierung dafür eingetreten ist, eine rein sozialistische Regierung mit der Sozialdemokratischen Partei, dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund unter Erweiterung der auf dem gleichen Boden stehenden Angestellten- und Beamtenverbände zu bilden. Wenn der ADGB, bei der Leitung und der Fraktion der USPD, die gleiche unglückliche Wertung als kapitalisfeindliches Molluskentum finden würde wie bei dem Gewerkschaftsfunktionär Stürz, dann hätten diese Kreise nie und nimmer auf einen solchen welttragenden Gedanken kommen können. Kollege Kolke saß in seinem voraufragenden Artikel („Was ist die Arbeitsaristokratie“, Nr. 56) gerätlich, „tatsächlich“ gewohnt zu immer mehr den Anzeichen, als wenn „die heutigen Gewerkschaften für die Erhaltung des ausbeuterischen Produktionsystems wirken“, sie seien „abgemacht“ worden von den vereinigten Unternehmerverbänden. Wir haben vor längerer Zeit einmal eine wunderschöne Skizzen der „revolutionären Gewerkschaften“ in einem unabhängigen Organ gesehen. Die unabhängigen Führer müssen demnach von den „abgemachten“ Gewerkschaften eine bessere Meinung haben als von den „revolutionären“, sonst hätten sie gewiß nicht die Ablicht behundet in den kritischen Tagen des Mai, mit ihnen eine Regierungsverwaltungsgemeinschaft einzugehen. Was die so verkehrte „Gewerkschaftsbureaukratie“ zu leisten vermag, haben sie ja auch bei der Niederringung des Kapp-Putsch im März 1920 erfahren. Die Gewerkschaftler Stürz und Kolke wissen aber alles besser und wollen gar noch andre zu ihrem von Cassale wie folgt gekennzeichneten Unverständnis bekehren:

Es muß also zulezt kommen, daß solche Revolutionäre statt die getäuschten Feinde nicht vor sich und die Feinde hinter sich zu haben, zuletzt umgekehrt die Feinde vor sich und die Anhänger ihres Prinzips nicht hinter sich haben. Der scheinbare Verstand hat sich so in der Tat als höchster Unverstand erwiesen.

Den Entwurf zu einem Arbeitsaristokratiegesetz haben wir in Nr. 56 wörtlich gebracht und ihn in eine Besprechung eingehend. Kollege Kolke konnte das nicht wissen, als er seinen Artikel zu dieser Materie schrieb (siehe vorige Nummer). Geändert würde das aber auch nichts haben. Vielleicht bekommen wir noch die Revisten von ihm deswegen verlesen; was wir zu dem neuen Entwurf einer Schlichtungsordnung schreiben, hat bekanntlich seinen hellen Jörn erregt, weil wir bei ihrer kritischen Durchleuchtung auf effektvolle Kraftwörter verzichteten, was nicht gleichbedeutend ist mit unentschiedener Stellungnahme. Rührt der Kollege Kolke es mit diesem einen Artikel über das Arbeitsaristokratiegesetz bewenden, dann werden die Leser ihm diese Schonung danken. Denn sie werden so bereits genug daran haben, wie Kollege Kolke um die Materie herumgeh, damit sich nach unveränderter Methode Stürz bände seines alten Radikalismus ergeben können.

Unbeschadet um die kritischbedürftigen Bestimmungen des noch nicht einmal durch das Reichsarbeitsministerium gegangenen Entwurfs, auf die hier weder ergänzend noch erweiternd eingegangen werden soll, ist dem Kollegen

grundätzlich entgegen zu stellen: Die Gewerkschaften verlangen schon lange nach der Rechtsfähigkeit ihrer Tarifverträge. Es ist immer die Frage gegangen, ob sie damit in der Luft hängen und vor Gericht widerpenstigen Unternehmern oder Unternehmergruppen nicht behaupten vermöchten. Die aus Mehrheits- und unabhängigen Sozialdemokraten gebildete Revolutionsregierung hat durch die Verordnung über Tarifverträge vom 23. Dezember 1918 diesem Abstände schon erheblich abgeholfen. Da Kollege Klotze keinerlei gesetzliche Einschränkung haben und mit der gegenfeitigen Hilfe alles erreichen will, ja hätten die sechs Volksbeauftragten sich wider den die wirtschaftliche Macht erwerbenden revolutionären Geist verständig. Die Arbeiterkraft, auch die radikalsten Kreise, denken darüber jedoch anders. Auf Grund dieser Verordnung wird die Verbindlichkeitsklärung von Tarifabschlüssen oder Schiedsgerichten von Schlichtungsausschüssen massenhaft nachgeholt. Das verlangt einerseits die Sicherung, andererseits den Durchsetzungsdruck der über die Arbeitsbedingungen usw. getroffenen Regelung. Damit ist der „Arbeitsfrieden“ nicht gekommen, auch der gewerkschaftliche Stempel nicht ausgegeben, aber es werden den Gewerkschaften viele materielle Opfer erspart. Das Arbeitsstarkegebot baut auf der Tarifverordnung von 1918 weiter, vervollständigt sie. Die materielle Regelung des Arbeitsverhältnisses schiedel bel ihm aus, das bleibt weiser Sache der Vertragsparteien. In Russland haben die Gewerkschaften jetzt auch Tarifabschlüsse. 1918 wurde ein allgemeiner Tarif ausgearbeitet und im Februar 1919 als Staatsgesetz angenommen. Ende 1919 wurde das Prämienystem für höhere Leistungen angelehrt. Kollege Klotze findet also nicht einmal in dem gelobten Russland das Ideal seiner Freiheit verwirklicht.

Wenn eine Reichstagsperiode zu Ende gegangen ist, wird meistens, auch in ganz linkslebenden Blättern, resümiert, die soziale Gesetzgebung sei völlig ins Stocken geraten. Die vorläufige Regierung hat durch das Reichsarbeitsministerium diesen Klagen sowohl wie dem Drängen der wirtschaftlichen Organisationen und der Parteien abhelfen wollen, indem dieses eine ganze Menge von sozialpolitischen Gesetzen vorbereitet hat. Die „Freiheit“ konstatierte in voriger Woche ganz richtig:

In Bewegung gebracht wurde diese Paragrafenwelle durch die Revolution. Durch das machtvolle Auftreten der Arbeiterklasse fand die Idee Boden, den Arbeitern Rechte und ihren Organisationen öffentliche Geltung zu geben durch den einseitigen Aufbau einer neuen Arbeitsgesetzgebung.

Das unabhängige Zentralorgan äuerliche dann Bedenken, wie die Sozialgesetzgebung jetzt beschaffen ist. Der Geist der Reaktion machte sich dabei deutlich geltend. Die Arbeiterklasse und die Gewerkschaften seien aber durch die schwere wirtschaftliche Krise genötigt, manches dabei hinzunehmen, was ihren Wünschen nicht entspricht. Auch das ist richtig gesehen. Das Aber dabei ist jedoch, daß die Arbeiterkraft durch den Aberradikalismus und den Parteienkrieg viel von ihren Positionen verloren hat, was sich bei den Wahlen zu den Parlamenten und zu den kommunalen Vertretungen nur zu augenfällig zeigt. Es ist also eigene Schuld der Arbeiterklasse, wenn nicht von einer die Arbeiterinteressen stärker vertretenden Parlamentsmehrheit die neuen sozialen Gesetze ihren Stempel erhalten. Kollege Klotze meint nun, wenn die Kräfte leben, dann lieber in Passivität verharren und — das ist ein anderer billiger Gedanke — die Gewerkschaften sich auf ihre Jugend besinnen zu lassen. Das heißt: kräftigste Protestresolutionen lassen und dann den starren lauten lassen, weil man zu schwach ist zur von Klotze so hochgepreisten Selbsthilfe, den Dingen einen andern Dreb zu zu geben. Mit dieser alten Methode ist aber gar nichts getan, wie auch früher damit nicht das Geringste erreicht worden ist. Nebenbei: Die Beratung auf die beste Zeit vor 1914 ist auch so eine posthume Gala Morgana; damals standen wir in Deutschland vor einer Ausnahme-gesetzgebung gegen die Gewerkschaften wegen ihres selbstverständlicher Kampfmethoden („Erpressung“, „Nötigung“ usw.). Nun aber ist die Situation für die Arbeiterkraft gar nicht einfach, denn die Initiatoren zu den allermeisten sozialen Gesetzen ist ja von ihr ausgegangen. Nur schnelles Fortschreiten des Gehnensprozesses in der Arbeiterkraft vermag über diese geladene Klippe hinwegzuhelfen!

Wenn man alles überlebt, kann man von Tarifbegünstigung beim Unternehmertum jetzt nicht sonderlich viel merken. Man fühlt sich ja wieder und möchte daher einen ganz andern Kurs steuern als den in der ersten Revolutionszeit dank besseren Zusammenstehens der Arbeiterklasse aufgezwungenen. Im Auslande, speziell in den Industrieländern England und Amerika, zeigt sich das an der Zunahme der großen wirtschaftlichen Kämpfe noch mehr. In Deutschland wagt man den Tanz mit den Gewerkschaften noch nicht recht; in einigen Gewerben allerdings schon eher. Wir glauben, wenn das Arbeitsstarkegebot die notwendigen Verbesserungen erhält, kann es der Arbeiterkraft noch gute Sedung liefern gegen das ja doch noch kräftiger auftretende Unternehmertum.

Daß Kollege Klotze für den Gehentwurf der Zentralarbeitsgemeinschaft die Vaterkraft zuschiebt, verwundert uns nicht, aber es stimmt durchaus nicht. Der Arbeitsausschuss für ein einseitliches Arbeitsrecht, in dem die Sozialreformer dominieren, hat unter Leitung von Professor Einzelmeier hieran gesorgt, was er kann oder auch nicht kann. Klotze muß ebenso selbstverständlich wie deplaciert auch den Geist des einschlägen Organisationsvertrags der Buchdrucker älteren.

In der „Deutschen Arbeitgeberzeitung“ ist das Arbeitsstarkegebot schon von zwei Seiten besprochen worden. Dr. Rieker (Kiel) befindet, daß es noch in manchen Punkten geändert werden müsse. Der Einbeziehung der Lehrlinge in die Tarifverträge sei Aufmerksamkeit zu schenken. Der Ausschuss der „Sammelleverbände“ (der Selben) von der Tariffähigkeit müsse direkt beanstandet werden. Dr. Hager, ein Somburger Unternehmerhändler, findet den Entwurf „ausgesprochen Gewerkschaftsfeindlichkeit“ diktiert. Die Deklaration der Selben führt er auf Einzelmeiers „ausgesprochene Liebe zu den freien Gewerkschaften“ zurück. Die Zufälligkeit der vorseitigen Lösung von Tarifverträgen bezeichnet er als Demoralisations des ganzen Tarifwesens. Daß die vorgelebten Sünden nur disponitiven Rechtes sein sollen, wäre eine Schwäche und Halbheit; sie müßten zwingendes Recht werden.

Diele Urteile beweisen zum mindesten, daß man den Gehentwurf nicht mit Klotzeschen Augen ansehen darf. Der sehr verständige Artikel in der „Leipziger Volkszeitung“ wäre im übrigen allen denen zu empfehlen, auf die die Mahnung des unabhängigen Führers Artur Grippen, doch die Kinderkrankheiten des Radikalismus zu überwinden, bezogen werden kann.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Berlin. (Brandenburgischer Maschinenbauverein.) Am 8. Mai fand eine Wanderversammlung in Potsdam statt. Nach Vortrag eines Vortrages des Potsdamer Buchdruckerlangeweines begrüßte der Vorsitzende der Potsdamer Ortsgruppe die Erschienenen, worauf Kollege Braun mittelte, daß die Funkenstation Nauen am 12. Juni von etwa 100 Kollegen besichtigt werden kann. Alsdann referierte unser zweiter Verbandsvorsitzender Frau über: „Gewerkschaftliche Tagesfragen“. Auf die Entstehung der Arbeiter- bzw. Gewerkschaftsbewegung kurz eingedehnt, stellte er fest, daß heute die Gewerkschaften einen schweren inneren Kampf auszufechten hätten. Die Zerplitterung in den sich gegenfeitig bekämpfenden politischen Richtungen wirke sich auch in den Gewerkschaften, dem einseitigen sicheren Fundament, was wir noch haben, aus und drohe, diese ohnmächtig zu machen. Eine gesunde Opposition dürfe nicht unterdrückt werden. Aber die Opposition, die mit Absicht die Gewerkschaften zerstören wolle, müsse bekämpft werden. Trotzdem gab Redner die Hoffnung nicht auf, daß durch den übriggebliebenen Korpsgeist unser Verband gesund erhalten bleibe. Im weiteren kam er auf die Tarifgemeinschaften zu sprechen. Wer behaupte, daß die Tarifgemeinschaft ohne Kampf gewesen sei, spreche die Unwahrheit. Während wir im Kriege mit dem Lobne zurückgelassen seien, habe man durch die Tarifgemeinschaft das noch ziemlich wieder ausgefüllt. Redner schloß mit den Worten: „Wenn bei uns der alte Korpsgeist lebendig bleibt, braucht uns um untre Zukunft nicht bange zu sein.“ Lebhafter Beifall folgte dem Referate. Kollege Bierath betonte, daß die ganze Rede des Kollegen Krauß weiter nichts gewesen sei als ein Anglistmachen vor der Opposition. Zu untre heutigen miltären Lage hätten die Gewerkschaften viel dazu beizutragen. Im übrigen sprach er gegen die Tarifgemeinschaft. Die Industrierebände müßten über kurz oder lang doch kommen. Kollege Engelmeier gab seiner Ansicht Ausdruck, daß nach dem Streik 1891/92 der Klassenkampfcharakter der Buchdrucker verloren gegangen sei. Kollege Braun widerlegte die Behauptungen Bieraths und erklärte, daß er selbst sich nach langjähriger Tätigkeit zum Tarifbestruwer durchgerungen habe. In der Tarifgemeinschaft habe man ein Mitbestimmungsrecht. Für gute Vorschläge leitens der Opposition sei er immer zu haben. In seinem Schlusswort wandte sich Kollege Krauß gegen Kollegen Bierath und betonte, daß die Gewerkschaften das einzige Instrument seien, das einen Generalstreik inszenieren könne, keineswegs aber die stützpolitischen Parteien. Beim Kapp-Putsch sei das bewiesen worden. Wo sich Zerplitterungsbestrebungen zeigten, müsse man die Augen auf und die Hände freilassen. — Unter orkschwünder Leitung fanden dann bei herrlichstem Wetter Parteien in die Umgebung Potsdams statt. Nach einem musikalisch-kollegialen Abendessen brachte uns die Eisenbahn wieder nach Berlin. Anerkennend sei der Potsdamer Kollegen gedacht, die diesen schönen Tag arrangiert hatten.

Berlin. (Schriftschneider.) In der gutbesuchten Mitgliederversammlung vom 28. April begrüßte zunächst Vorsitzender Zappendorf ein neuangekommenes Mitglied und gab weitere Veränderungen im Mitgliederbestande bekannt. Nach Verlesung und Besprechung des in letzter Zeit mit den auswärtigen Vereinigungen gepflogenen Briefwechsels beschäftigte sich die Versammlung mit den zur Zeit bestehenden Lohnverhältnissen der Berliner Schriftschneider. Von allen deutlichen Gesichtspunkten sei die Bezahlung der Schriftschneider in Berlin am schlechtesten. Durch das Verschmelzen der Gießereien seien die

bleigigen Kollegen nur noch in zwei Firmen beschäftigt. Während im Laufe des letzten Jahres die Gießereien in den andern deutschen Städten die Löhne der Schriftschneider verbessern, zeigten die bleigigen Firmen für diese Tendenz kein Verständnis. Eine Firma zählte seit kurzer Zeit endlich unter dem Druck der Verhältnisse eine geringe Zulage. In der andern Firma hätten die Kollegen versucht, durch Verhandlungen mit der Geschäftsführung eine den Verhältnissen entsprechende Verbesserung zu erreichen, doch alle Bemühungen des Betriebsrats waren erfolglos. Die Firma verließ sich, obwohl sie ohne weiteres zugab, daß sie die Mehrausgaben an Lohn wohl zu tragen in der Lage sei, auf Abmachungen, die unter den Prinzipalen getroffen seien. In Wirklichkeit wäre feinerzeit bei den Beratungen zum Reichstarke vereinbart worden, daß alle im Tarif festgesetzten Löhne nur Mindestlöhne wären und es keiner Firma benommen sei, nach Lage der Verhältnisse darüber hinauszugehen, wozu ja auch die Gießereien in Frankfurt, Hamburg und andre Gebrauch gemacht hätten. Somit hätten wir die betrübende Tatsache zu verzeichnen, daß einer der bedeutendsten deutschen Schriftgießereikonzerne die niedrigsten Löhne für Schriftschneider zähle; eine Tatsache, die in höchst eigenartiger Weise die Äußerung der Geschäftsführung beleuchte, sie habe Verständnis für die soziale Lage ihrer Arbeiter. Worte, nichts als Worte! In der Debatte über diese Angelegenheit kam zum Ausdruck, daß auch die in der andern Berliner Firma gezahlten Löhne noch als gering zu betrachten seien. Eine Anregung der Frankfurter Vereinigung, mit den Schriftschneidern des Auslandes in Verbindung zu treten, fand den Beifall der Versammlung. Beim zweiten Punkte der Tagesordnung gab der Vorsitzende durch Verlesung des Verhandlungsprotokolls der Sonderkonferenz der Schriftschneider vom 7. März Bericht über die Ergebnisse der Besprechungen. Als Vertreter der Schriftschneider im Vorstande der lokalen Gießereigewerkschaft wurde einstimmig Kollege Zappendorf wiedergewählt. Es folgte noch die Erledigung einiger interner Angelegenheiten.

Frankfurt a. M. - Offenbach. (Maschinenmeisterverein. — Vierteljahrsbericht.) Am die der Sparte noch fernstehenden Kollegen als Mitglieder zu gewinnen, wurden lebhaft drei Vortragsveranstaltungen einberufen, in denen Kollege Steiner kurz unsere Zwecke und Ziele schilderte. Wenn auch nicht alle dem Ziele folgten und ihre Raubel darin bekundeten, einfach fernzubleiben, so konnten wir doch aus den Anwesenden noch Erfolge buchen. Mit dem am 1. Januar d. J. in Kraft getretenen neuen Tarif befaßte sich eine Versammlung in Frankfurt und eine in Offenbach, in welchen zum Ausdruck gebracht wurde, daß uns speziell das Einmalmaschinenystem Verleite gebracht habe, die aber vorläufig als nur auf dem Papier lebend zu bezeichnen seien, während der materielle Erfolg ein unbefriedigender sei. — Die Generalversammlung am 30. Januar bestätigte den Vorstand in früherer Form. Aus dem „Zehnjährigen“ des Vereins und dem der Technischen Kommission ist zu erwähnen, daß beide Vorstände gut zusammen arbeiteten, aber auch den Mitgliedern in jeder Hinsicht weitgehendste Unterstützung in Fortbildungsbetreibungen boten. Im Vordergrund stand zunächst unser 30jähriges Jubiläum, das am 24. April gefeiert wurde, verbunden mit einem Südwestdeutschen Maschinenfesttag und anschließender Druckmaschinenausstellung, welche bis 30. April geöffnet war und mit Unterstützung etlicher Firmen, auch von außerhalb, sehr reiches bot. Die Einleitung war die tags zuvor abgehaltene Kreisvorkonferenz, die eine ergeblige Aussprache zeigte, wobei Fortbildungsbetreibungen, das Einmalmaschinenystem und Rotationsangelegenheiten behandelt wurden, und Kollege Öhrand mehrmals in die Diskussion eingriff. Am Festtage selbst wurden vormittags die Schriftgießereien Stempel und Bauers-Gilch besichtigt. Am Nachmittag fand in der Gewerkschule die akademische Feier statt, wobei unser Zentralkommissionvorsitzender Öhrand (Berlin) die Festrede hielt. Die Ehrung der Jubilare vollzog Kollege Wäner durch eine Ansprache und Übersetzung einer Ehrenurkunde, und zwar sind dies die Kollegen A. Schomber, Ehrlich, Bölich (gleichzeitig Ehrenmitglied des Münchner Maschinenmeistervereins), Aug. Wendi, Karl Steiner, Ph. Bahner, W. Kopp, S. Dietrich, Ph. Schmidt, S. Buddenberg, Ehr. Schreiber, O. Rath, S. Stein, F. Wein und F. Sobmann, die drei letztgenannten zum Bezirk Offenbach zählend. Glückwünschreiben gingen ein von der Maschinenfabrik König & Bauer und der Hofmannschen Farbenfabrik. Persönliche Glückwünsche für den Bezirk Frankfurt a. M. übermittelte Gavorfsteher W. Nepeas. Ferner gingen Glückwünschreiben ein von den Brudervereinen Leipzig, München, Stuttgart, Augsburg (Kollege Gries), Bezirk Offenbach (Kollege W. Wäner), Berlin (Kollege Wehrle und Keller), von dem Mitgründer unres Vereins J. Truttschel (Kiel) und dem Ausschusse für Volksbildung. Telegramme sandten Kollege Alt (Wechsburg), nebst den Vereinen Saarbrücken, Oberfeld, Brestau und die Kreiszentrale des Berliner Maschinenmeistervereins. Letzteres war in poetischer Form gehalten. An Geschenken wurden überreich von den Vereinen Mainz-Weisbaden eine gravierte Vereinslocke, von dem Vereine der Stereotypen- und Galvanoplastiker eine in Kupferleder-Schlag angefertigte, mit linsengroßer Widmung eingerahmte Gedächtnislocke, von der Typographischen Gesellschaft eine künstlerisch ausgestattete Mappe. Zur Verherrlichung der Feier stellten sich Brüderlein Brochaska (Maier) und als Baritonist Kollege Wäner freudigst zur Verfügung, ebenso der Gesangverein „Gutenberg“. Die Räumlichkeiten für die Druckmaschinenausstellung wurden uns in entgegenkommendster Weise von der Direktion der Gewerkschule zur Verfügung gestellt. Nun liegt das Fest hinter uns und wir sind mit dem Erfolge zufrieden. Mit den Firmen

und Männern des Vereins aber, die uns in großzügiger, humaner Weise und zum guten Gelingen in jeder Hinsicht unterstützten, sei an dieser Stelle nochmals unser bester, aufrichtiger Dank ausgesprochen. Die Geschäftsliste selbst zielt ein wichtiges Dokument der Arbeit, welche in 50-jährigem Bestehen geleistet wurde, sowohl es aus den Protokollen und Schriftstücken einnehmen werden konnte. Kollegen, die noch in den Besitz einer solchen zu gelangen wünschen, können diese jederzeit zum Preise von 2,50 Mk. vom Vereine beziehen. Es ist noch eine kleine Anzahl überflüssiger Exemplare vorhanden.

Bezirk Weiskand. Eine äußerst zahlreich besuchte Bezirksversammlung, wie der Bezirk sie bisher noch nicht verzeichnen konnte, fand am 8. Mai in Straßburg statt. Die Hauptanziehungskraft hatte wohl das Referat unseres Verbandsvorsitzenden Selb (Berlin) ausgefüllt. Die Versammlung wurde von Bezirksvorsitzenden Warnke mit einer Begrüßungsansprache eröffnet, und dann gab er den Jahresbericht. Der Stellenbericht, von Bezirkskassierer Weber in vorgetragen, fand keine Beachtung, und dem Bezirksvorstande wurde für seine mühevollen Arbeit der Dank der Versammlung ausgesprochen. Sodann referierte Kollege Selb über: „Gewerkschaftliche und wirtschaftliche Tagesfragen“. Aufmerksam folgten die Versammelten den Ausführungen des Referenten, speziell bei Berücksichtigung der Punkte Festlegung der letzten Wirtschaftsbilanz und der Lokalzuschläge sowie Erhöhung des Verbandsbeitrags. Starker Beifall zeigte dem Vortragenden, daß die meisten Kollegen sich mit dem Gehörten einverstanden erklärten. In der nun einleitenden Diskussion wurde von einzelnen Rednern Sturm gelaufen gegen die Heraushebung des Verbandsbeitrags, jedoch wurden sie von älteren Einsichtigen und vom Bezirks- sowie vom Verbandsvorsitzenden eines Besseren belehrt. Mit der Einführung der neuen Lokalzuschläge gab man sich im allgemeinen zufrieden. Es folgten nun die Berichte der Vertrauensmänner der einzelnen Ortschaften. Danach kam man die tariflichen Verhältnisse im Bezirk als gut bezeichnen, nur in zwei Orten scheint es noch nicht zu stimmen; der Bezirksvorstand wird nun auch hier versuchen, tarifliche Ordnung zu schaffen. Nachdem noch zwei Anträge zur Zuliebensheit der Antragsteller erledigt und als nächster Tagesort Weiskand gemeldet worden war, hatte diese interessante Versammlung ihr Ende erreicht. Das Reliquid vierter Klasse konnte diesmal leider nicht voll zur Auszahlung gelangen, da dies die Klassenverhältnisse infolge der großen Beteiligung nicht zuließe.

str. Halle a. d. S. (Vierteljahrsbericht.) Das Vereinsleben war hierorts in der Berichtszeit ein recht reges. Für Ortsvereins- und eine allgemeine Versammlung fanden statt. Die Besucherzahl wies aber sehr große Unterschiede auf; waren in der am schwächsten besuchten Versammlung nur wenig mehr als hundert Kollegen erschienen, so zählte die allgemeine Versammlung rund 450 Besucher. Hier referierte unser Gehiltenvertreter König. Er brachte die bekannte Wirtschaftsbilanz mit. Diese betrieblie niemand, übte vielmehr einen Sturm der Entrüstung aus, wie er hier selten zu verzeichnen ist. König hatte einen schweren Stand. Schließlich gelang es seiner Redekunst und den Bemühungen einiger anderer Kollegen, die Wogen der Erregung einigermassen zu glätten, so daß ein Antrag, durch einen Brieflichen Kampf mehr zu erringen, abgelehnt wurde. Eine Sammlung für die Streikenden des Saarreviers ergab 908,25 Mk. Für Bildungswecke wurden 500 Mk. der Bibliothek bewilligt, außerdem namhafte Mittel für das Lehrerbildungswesen aufgewendet. Eine Lehrprüfungscommission nahm die Prüfung der Neuauslernenden im Bereiche des hiesigen Handwerksammerbezirks vor. Diese hat mit Preis und Hinabe ihre verantwortungsvolle Aufgabe erledigt. Sie beschloß ihre Arbeit mit der Ausstellung dieser Arbeiten, die einer kurzen kritischen Würdigung unterzogen wurden. Einer Reihe von Prüflingen konnten passende Bücherprämien vererbt werden. Zu diesem Zwecke hatten die hiesigen Ortsvereins 200 Mk. und die Handwerksammer 125 Mk. gestiftet. Bildungswecken dienste lernte ein Vortrag über Feuerbestattung, dann weiterhin ein Vortrag des Herrn Professor Börges: „Einstellung und Entlassung nach heutigem Recht“. Diese vornehmlich in der Einstellung und am Schluß mit geistvollen geschichtlichen und philosophischen Gleichnissen und Bemerkungen geschmückte Rede fand reichen Beifall. Zu Anfang des Jahres wurde einem von Männern gemeldeten Veruche, Unberufene — nämlich Studenten — in den Buchdruckerberuf einzuschmuggeln, in einer scharfen Resolution entgegengetreten. Die Kämpfe, die im letzten Vierteljahre die deutschen Arbeiter und Gewerkschaften erlebten, gaben auch unserm Vereinsleben das Gepräge. Mochte nun der „Offene Brief“ der DAPD zur Debatte stehen oder mochte das Thema lauten: „WDSB und Halle'sches Kartell“ — immer wieder war es dieselbe Gedankwelt, die die Gemüter bewegte. Da hier zwei grundsätzliche Auffassungen, ja man kann wohl sagen zwei Weltanschauungen aufeinandertrafen, ist auch nach den schärfsten Reben eine Einigung nicht zu erwarten. Da beide Richtungen temperamentvolle Vertreter hatten, so waren die Versammlungen manchmal sehr belebt. In der letzten Versammlung, am 12. April, wurde den beiden erst im Januar gewählten bisherigen Kartelldelegierten ein Mißtrauensvotum ausgestellt. Beide sind links gerichtet, einer ist Kommunist (166 gegen 70 Stimmen). Gleichzeitg wurde der rechtsorientierte Kollege Brümme mit 189 gegen 50 Stimmen vom driften Kartelldelegierten bestimmt. Mit diesen Abstimungen hat sich der Ortsverein zweifellos auf den Boden des WDSB gestellt. Das Arbeitslosenproblem hat auch die letzte Versammlung stark beschäftigt, eine besondere Kommission wurde mit der Aufgabe betraut, Mittel und Wege zur Lösung dieser Frage zu finden. Es soll versucht

werden — ähnlich wie in Leipzig —, bei den größeren Firmen auf je zehn Beschäftigte einen ersten unterzubringen, in der Weise, daß jede Woche einer aussteht. Diese Lösung ist freilich auch keine ideale, indem die Arbeiter wieder die Leidtragenden sind. Die Drucker Otto Hensel, eine der größeren hier, ist vom Sinnes-Kongress übernommen worden. Ob hierdurch eine Vermehrung der Arbeitsgelegenheit sich ergeben wird, ist freilich noch fraglich. Durch die Unterdrückung des hiesigen kommunalistischen Organs sind rund 50 Kollegen brotlos geworden. Mehrfache persönliche Verhandlungen des hiesigen Vorstehenden mit dem Oberpräsidenten haben keinen Erfolg gehabt. Leere Verordnungen sind alles, was Herr Köppling bis jetzt gab. Ruhe ist eben die erste Bürgerpflicht auch im freiesten Staate der Welt.

Seibelberg. In der Bezirksverein fand am 30. April seine Mitglieder nebst Familienangehörigen zu einer eigenartigen internen Fester ein. Nicht Vergnügungssucht oder Freude an geistlicher Unterhaltung lag dem Rufe zugrunde, sondern einzig und allein der Solidarisitätsgedanke, das kollegiale Zusammengehörigkeitsgefühl, von jeder die erhabenen Grundpfeiler unseres Verbandes bildend, hatten Anlaß dazu gegeben. 24 wackere Kämpfer der Organisation, von 25 bis zu 50 Jahren Mitgliedschaft varrierend, wurden als Verbandsjubilare gefeiert. Es sind dies die Kollegen August Pfanz, Ludwig Bühler, Friedrich Clormann, Wilhelm Gatsch, Friedrich Gornius, Marius Gerbes, Karl Hornig, Ernst Kinkel, Georg Klein, Leonhard Klein, Heinrich Klinger, Wendelin Klose, Jakob Knobel, Heinrich Kunz, Emil Maler, Friedrich Müller, Bruno Peterlen, Karl Rauch, Peter Rüb, Hermann Schmitt, Karl Schneider, Jakob Schubmacher, David Spiegel und Emil Spieler. Diese Festlichkeit, durch die Länge der Kriegszeit so hoch aufgelaufene Zahl war nahezu vollständig erschienen, einige Hundert Personen füllten den Saal. Berühmt vertrieben sich diese Veteranen der Arbeit folgendermaßen: drei Faktoren, ein Korrektor, fünf Maschinenmeister (darunter ein Prinzipal) und von zwei nicht mehr im Berufs Stehenden: ein Regierungsrat im Landesversicherungsamt (zugleich Landtagsabgeordneter) und ein früherer Rotationsmaschinenmeister; ein Jubilär dieser Sparte war leider durch Krankheit am Erscheinen verhindert; jedoch drei Maschinen- und zwölf Handwerker; auch hier war ein außerberufliches Kontingent vertreten: der Vorstand der Kohlenverorgungsstelle Seibelberg (Stabrat und Landtagsabgeordneter) und ein Beamter der Ortskrankenkasse. Vorstehender Maurer entbot freundlichen Willkommensgruß und wies in kurzen, markanten Worten, Seibelberg als historischen Boden für den Ausgang der gesamten deutschen Buchdruckerbewegung zeichnend, auf die Verbands-geschichte hin. Er begrüßte die dann beräthlich den Kollegen Heinrich Klinger zu seiner 50-jährigen Mitgliedschaft und überreichte alsbald jedem der Gefeierten persönlich ein künstlerisch in Fünfliniendruck ausgeführtes Gedächtnisblatt, welches diese dankend entgegennahm. „Jubilae heißt jeder Tag, auf dem der Arbeit Segen läßt“, hobt sehr sinnvoll am Kopfe bescheiden, und schließlich wird darin zum Ausdruck gebracht, daß es dem Inhaber noch lange vergnügt sein möge, sich in der Organisation inmitten seiner Kollegen auf technischem oder kollegialem Wege zu betätigen. In launigen Worten dankte Kollege Rauch namens der Gesamtheit der Jubilare und spielte an auf den unerwünschten Buchdruckerbumor, der sich, wie erheben, auch heute, in der Zeit der verhängnisvollen Katastrophenspolitik, in der Tra der Sanktionen, durchringen und erbalten müsse, die gegenwärtigen unthürchen Zeitläufte so am besten überwindend. Kollege Karl Schneider, der langjährige frühere Vorstehende (28 Jahre Amtszeitigkeit), verleihte alle Anwesenenden durch seine ungelungenen Witzler Dialektvorträge in bester Stimmung, während der Arbeitergesangverein „Sängerkranz“ durch einige vortrefflich zu Gehör gebrachte Chöre erfreute und hin und wieder zur Abwechslung Kost gelangt wurde. So nahm die Jubiläumfeier in jeder Beziehung einen harmonischen Verlauf.

Leipzig. Am 4. Juni kam der in hiesigen Kollegenkreisen bestens bekannte Seherkollege Oswald Weibing auf eine 50-jährige Berufstätigkeit zurückzuführen. Seine Buchdruckerlaufbahn begann der Genannte in der hiesigen Buchdruckerlei Bensch, ging später auf die Wandererschaft und konditionierte sechs Jahre in Ordrhainichen und Wittenberg. Dem Verbands gehörte er seit 1881 an und hat auch den Neunhundertkampf mitgemacht. Der Weltkrieg hat es ihm leider unmöglich gemacht, den seit 1914 beilegte gestellten Rüssel ruben zu lassen; Kollege Weibing mußte infolge der Ungünstigkeit der Sozialversicherung seine „Rentnerleben“ wieder aufgeben und arbeitete zur Zeit bei der Firma Gustav Prib & Co.

München. (Maschinenmeister. — Vierteljahrsbericht.) In der Vereinsversammlung am 18. März war gut besucht. Ausgenommen wurden drei Kollegen. Unter „Vereinsmitteilungen“ wurde bekanntgegeben, daß der vorgelegene Apparatkursus nun in mehreren Druckereien begonnen habe und sich einer regen Teilnahme erfreue. Die Beschäftigung der neuangestellten Wugsburger Rotationsmaschine mit ihren technischen Neuerungen wurde durch das lebenswürdige Entgegenkommen der Direktion der „Münchener Volkszeitung“ ermöglicht. Ferner wird für den Herbst ein Auslandsbesuch vorbereitet, und für die nächste Zeit sind ein Lichtbildvortrag über die „Entwicklung der Schnellpresse“ und eine Führung durch die Chemigraphische Anstalt Samböck vorgelesen. Anschließend fand eine Diskussion über die verschiedenen Auszahlungsmöglichkeiten statt. Zur Einführung in die Diskussion wurden die darauf bezugnehmenden Ausfälle aus dem „Maschinenmeister im Buchdruckerberuf“, „Hart oder weich“, von Hölner, zur Vorlesung gebracht. Die Kollegen gaben anschließend daran ihre Erfahrung aus der

Praxis in einer längeren Debatte kund. Die Lehre aus dieser vielseitigen Diskussion lautet, daß wir noch weit entfernt sind, eine einheitliche Arbeitsmethode durchzuführen. Vor Schluß der Versammlung wurde noch die Kurzarbeit und ihre Überwindung erörtert. — Eine Bezirks-Maschinenmeisterversammlung fand am 24. April in Rothenheim statt, die auch von den umliegenden Druckereien gut besucht war. Nach der Wahl eines Vertrauensmannes, die auf den Kollegen Joseph Maler (Rothenheim) fiel, hielt Bezirksvorsitzender Sellner (München) ein treffendes Referat über die Zwecke und Ziele der Maschinenmeistervereine. Dasselbe fand allseitigen Anklang. Auch die ausliegende Sammelmappe von Farb-, Offset- und Tiefdruckern erweckte lebhaftes Interesse. Mit der Aufforderung, dem Bezirksvereine Treue zu bewahren und jederzeit mit uns zusammen zu arbeiten, schloß Kollege Sellner die Versammlung. Mit Freude konnte noch festgestellt werden, daß sich wieder einige Kollegen unserm Bezirksverein angeschlossen haben. — Der im März-April abgehaltene Apparatkursus konnte eine große Teilnehmerzahl aufweisen. Eine Reihe Grobdruckerinnen sowie auch Kollegen derselben stellten sich in bereitwilligster Weise in den Dienst der Sache, und so war es möglich, den Kursus nutzbringend für die Teilnehmer zu gestalten. Den betreffenden Firmen sowie den betreffenden Kollegen soll auch hier der Dank abgestattet werden. Ganz besonderer Dank gebührt der Rotationsfabrik Georg Spiel, die uns in finanzieller Art so anerkennend unterstützte. — In der gutbesuchten Vereinsversammlung am 29. April wurde unter „Vereinsmitteilungen“ den Kollegen eine Beschäftigung der Maschinenfabrik Augsburg in Aussicht gestellt. Auch die nun für Regensburg entschiedene Vorkäufelkonferenz wurde erörtert und zugleich beschlossen, diese durch den Vorstehenden Sellner zu beschließen. Im weiteren Verlaufe wurde den Kollegen durch einen vorzüglichen Vortrag des Kollegen Sellner über „Neuzeitliche Druckverfahren“ Einblick gewährt in das Offsetdruckverfahren. In seinen Ausführungen wies Vortragender auf die Entwicklung hin, die der Offsetdruck genommen hat, außerdem auf den bis jetzt hervorgerufenen Schaden für unser Gewerbe, speziell in Norddeutschland, und betonte, daß wir alle Veranlassung haben, uns für die nun fortschreitende technische Entwicklung des Offsetdrucks mehr zu interessieren und die Augen offen zu halten haben. Bei dieser Gelegenheit kam er auch auf die Belegung der Maschine in diesem Falle zu sprechen und machte die Kollegen auf die Streitfrage mit den Gleichdruckern aufmerksam. Nun folgte die Technik des Offsetdrucks, die Kollege Sellner eingehend behandelte. Aus seinen Ausführungen konnte man die Überzeugung gewinnen, daß die Behandlung des Verfahrens sowie die der Maschine sehr wichtig ist und größte Sauberkeit notwendig macht, weshalb nur tüchtige Drucker in Betracht kommen, um den Anforderungen gerecht werden zu können. Kollege Kemmerer gab anschließend einen kurzen Bericht über die „Gauvoelfestkonferenz“ und schilderte sehr lebhaft die Verhandlungen mit den Zentralintendanten der Buchdrucker- und Schriftführerverbände behufs Inanspruchnahme der Offsetmaschine, konnte aber noch kein positives Ergebnis berichten. Interessant war auch die Schilderung über die Beschäftigung der Offsetabteilung der Firma Bürenstein. Die Vorträge wurden mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und mit reichem Beifalle belohnt. Eine reichhaltige Ausstellung von Offset- und Tiefdruckarbeiten ergab den Vortrag.

Stuttgart. Am 1. Juni d. J. kann Kollege Valentin Wolff auf eine 50-jährige Tätigkeit als Schriftleiter zurückzuführen. Geboren zu Speier, trat Kollege Wolff nach beendeter Lehre sofort dem Verbands bei, war auf der Wandererschaft und zum Teil wiederholt beschäftigt in Bad Ems, Trier, Speier, Althagen, Frankfurt, Neuwied, Essen, Ludwigshafen und Mannheim, bis er 1887 in Stuttgart sich lebhaft machte. Hier ist der noch räthige, wackere und aufrechte Kollege den meisten Buchdruckern wohl bekannt. Seine Mitarbeiter in der Althagenen Buchdruckerlei werden den Ehrentag ihres „Vater Wolff“ gesehentlich feiern.

Gestorben

In Frankfurt a. M. am 14. April der Drucker Kaiser Mayer aus Augsburg, 46 Jahre alt — Herzschlag; am 21. April der Seherinvalide Jakob Weyer aus Frankfurt a. M., einer der fünfjährigen Verbandsjubilare vom 20. Mai 1916, 75 Jahre alt — Hirnleiden; am 4. Mai der Drucker Joseph Klein aus Schwandheim a. M., 21 Jahre alt — Lungenerkrankung. In Berlin am 11. Februar der Lagerleiterpaur Hermann Werschke aus Bockenheim, 33 Jahre alt — Gehirnerkrankung. In Kirchberg l. Schl. am 9. April der Seher Arthur Forster, 21 1/2 Jahre alt.

Verschiedene Eingänge

„Richtg für Buchgewerbe und Graphik.“ Begehrtes von Alexander Waldow. Herausgegeben vom Deutschen Buchgewerbeverein. 58. Band. Doppelheft 1/2 und 3/4. Jahrgang 1921. Jährlich 6 Doppelhefte 80 Mk., Doppelheft 15 Mk. Zu beziehen durch jede Buchhandlung oder durch den Verlag des Deutschen Buchgewerbevereins in Leipzig. „Topographische Atlanten.“ Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. Heft 4. April 1921. 42. Jahrgang. Bezugspreis für das erste Halbjahr durch alle Buchhandlungen 18 Mk.; direkt per Kreuzband in Deutschland 22,50 Mk.; für das Ausland besonders. . .

Briefkasten

P. A. in A. r. Wenden Sie sich an den örtlichen Ortsvereinsvorsitzenden. — Fr. W. in Wien: Das Kapitel ist vorläufig erledigt. — Fr. G. in M. P. in Leipzig: Hören das erste Mal davon; es ist uns darüber nicht bekannt. — Fr. P. in Bielefeld: 7 Mk. und 8,50 Mk. — W. D. in F. Die gewünschten drei Exemplare geben bis auf weiteres wöchentlich an das genannte Sekretariat ab; ob 1. Full erfolgt Überweisung durch die Post, — P. A. in B. Derartige Wünsche können wir nicht berücksichtigen, eine entsprechende Anfrage beim örtlichen Orts- und Quartierverband führt zum gleichen Ziele.

Verbandsnachrichten
 Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chammlopfad 5 II.
 Berichtspr.: Emil Kurfürst, Nr. 191.

Behanntmachung

Vor Annahme einer Kondition anfragen!
 Alle Mitglieder, die Kondition an einem andern Ort annehmen wollen, seien es im § 17 der Bestimmungen über die Unterstellungen (§ 24 der Satzungen) enthaltene Verpflichtung hinzuzusetzen, vor Annahme der Kondition Grundfragen über die betreffende Firma bei dem zuständigen Funktionär einzulegen. Die Zuständigkeiten liegen den nachstehenden Funktionären ob:
 Gau Bayern: Hans Meremich, München, Holzstraße 24 I.
 Berlin: Albert Maljini, Berlin SO 16, Ebnellstraße 10.
 Pommern (Frei-Staatsgebiet): Arthur Hübnert, Pommern, Bismarckstraße 15.
 Dresden: Albin Freitag, Dresden, Mathildenstraße 7 I.
 Erzgebirge-Bezirk: Erich Derflin, Chemnitz, Pestalozzi-straße 7.
 Frankfurt-Rhein: W. Nepeck, Frankfurt a. M., Allee-Heimstraße 51 III.
 Hamburg-Altona: Fr. Runkler, Hamburg, Weisenbinder-straße 57 I.
 Hannover: Gustav Pflügel, Hannover, Althofstraße 7 II.
 Leipzig: Leopold Hessebarth, Leipzig, Brühlstraße 9 I.
 Mittelrhein: Friedrich Konrad, Mannheim, L 2, 9, p.
 Nordsee: Franz Scherp, Bremen, Burmannstraße 26 I.
 Oberhessen: Karl Lindenlaub, Greuburg i. Br., Oberau 71111.
 Oder: Gustav Reinke, Stettin, Turnerstraße 10.
 Ostpreußen: S. Reissner, Königsberg i. Pr., Mitteltrags-heim 14 I.

Gau Rheinland-Westfalen: J. Bertram, Köln, Gereonshof 28.
 An der Saar: S. König, Halle a. d. S., Al. Klausstr. 7 I.
 Schlesien: Karl Fiedler, Breslau I, Kupferklosterstr. 7 II.
 Schlesia-Schlesien: Marlin Prüter, Alet, Schauenburger-straße 34.
 Thüringen: Emil Prox, Weimar, Döhlstraße 36.
 Westfalen: G. Klein, Stuttgart, Heulestraße 54.
 welchem Gau der betreffende Ort angehört, ist aus dem Verzeichnisse der Druckerei auf S. 43-61 der Verbandsjahrgänge zu entnehmen.

Behanntmachung

Stattlichkeiten für die Zahlung der Arbeitslosen einfinden!
 Wir ersuchen die verehrlichen Vorstände, den Termin für die Einzahlung der grünen Stattlichkeiten über die Arbeitslosigkeit im Monat Mai 1921: 7. Juni 1921, pünktlich einzubahlen. Spätere Einzahlungen können unter heilen Umständen mehr berücksichtigt werden. Ein Schlag ist der 28. Mal. Die Karten müssen auch dann eingelangt werden, wenn Arbeitslose nicht vorhanden waren. Auf richtige Frankierung der Karten ist zu achten!
 Berlin.
 Die Hauptverwaltung.

Seide (Schlesien). Der Drucker Wilhelm Ernst Möbbers (Hauptbuchnummer 102396), geboren am 20. Februar 1901 in Hamburg, zugeht in Rufum in Kondition, wird ersucht, umgehend seine Adresse an den Kassierer Wilhelm Karmlich, Seide I, Postpl. 1, gelangen zu lassen.

Adressenveränderungen

Erich Bohring. Vorort Grabburg. Vorleser: Emil Mulscher, Rue des Orpèlles 12 IV.
 Friedrichroda-Waltershausen. Kassierer: Karl Dietrich, Friedrichroda, Strubisstraße 7 I.

Für unsere Buchdruckerei und Verlagsanstalt nebst Buchhandlung suchen wir für 1. Juli d. J. einen tüchtigen Fachmann, kaufmännisch und beruflich vorgebildet, als

Geschäftsführer

Bewerber, welche die erforderlichen Kenntnisse und Organisationsfähigkeiten, wollen Offerten nebst Zeugnissen und Gehaltsansprüchen einreichen an:
 „Thüringer Volksfreund“, Sonneberg (Thür.).
 z. B. des Preheimissionsvorsitzenden Gustav König.

Erfahrener Linotypsetzer

Für Zweibuchstabenmaschine in dauernde, über Minimum bezahlte Kondition möglichst bald gesucht. Es kommen nur Herren mit mehrjähriger Praxis in Frage. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften und Gehaltsansprüchen erbeten an:
 „Wummersbacher Zeitung“, Wummersbach (Rhd.).

Linotypsetzer

In dauernde Stellung. Fremdsprachkenntnisse erwünscht, jedoch nicht Bedingung. Bewerbungen mit Angabe der Antrittsmöglichkeit sind zu richten an:
 C. W. Vogel, Pöhlneck i. Thür. (Wbl. 70.)

Monotypsetzer

Für Mobil C oder D bei guten Leistungen in dauernde Stellung nach Leipzig gesucht. Angebote mit Lohnansprüchen unter K. 479 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

GRAPHISCHER MATERIALIEN-MARKT
 BEZUGSVERTRÄGE FÜR DIE DRUCKEREI
 BEZUGSVERTRÄGE FÜR DIE DRUCKEREI
 BEZUGSVERTRÄGE FÜR DIE DRUCKEREI

Stellengefühe
 haben Infolge des anerkannt guten Sachverhalts und seiner weiten Verbreitung **besten Erfolg**
 Millimeterzellenpreis für Stellen-gefühe nur 30 Pf.
 Bezugspreis vierjährig 4,50 Mk

Außer Konvention
Walzenguß, prima Qualität, preiswert; desgl. Walzenmasse, nur beste Ware, billigst.
 Dresden Walzengußanstalt, G. m. b. H., Dresden-N. 6. [445]

Zuverlässig, preiswert, für das tägliche Leben ausreichend!
Rangenscheidts
Sachwörterbücher
 mit Angabe der Aussprache nach der Methode Toussaint-Rangenscheidt
 Für alle wichtigeren modernen, für die allen Sprachen und für Deutsch.
 Einzelbände 16 Mk., Doppelbände 30 Mk.
 Hierzu die üblichen Aufschläge. In jeder guten Buchhandlung vorrätig.
 Rangenscheidtsche Verlagsbuchhandlung (Prof. G. Rangenscheidt), Berlin-Schöneberg, Bahnhofsstraße 29 30

Johannisfestprolog
 26 Merzeller, eindrucksvoll, auch zur Übung von Verbandsmitgliedern geeignet, 10 Mk. pro Satz.
 Joseph Seidel, Reaffingen, Mauerstr. 37, [333]

Werkseher

auch in allen sonstigen Säharren fern, auch für farbige Dauerfärbung. (Allein, ohne Umsatz). Offerten erbeten an:
 St. Geyer, Landshut (Niederbayern), Magmillanstraße 2 III. [478]

Zwei tüchtige Handseher

für Adressbuch in Ausbillsstellung, möglichst dauernd, Eintritt 6. Juni, 130 fuchl.
 Zeitungsverlag Gröfenhof.

Linotypsetzer

in angenehme Dauerfärbung. Angebote unter Beiliegung von Zeugnisabschriften und Angabe der Lohnforderung an:
 „Echo der Regenwarte“, Bad Nachen, Seilgraben 16. [477]

Linotypsetzer

mit langjähriger Praxis und besten Maschinenkenntnissen; ferner zwei tüchtige **Altkindenz- und Werkseher**
 Angebote mit Zeugnisabschriften und Angabe von Referenzen erbeten. [468]
 „Westfälisches Tageblatt“, Bagen (Westfalen).

Tüchtiger Monotypsetzer

für zwei Maschinen sofort gesucht. Angebote mit Angabe über bisherige Tätigkeit und Gehaltsansprüchen an [476]
 Julius Wolf, Langensalza.

Typographseher

wichtig im Werkseher, sofort gesucht. [460]
 Oscar Brandtletter, Leipzig.

Erfahrener Typographseher

für B-Maschine in Dauerfärbung für sofort gesucht. Hohe. Gehalt. [461]
 „Syner Zeitung“, Syne (Bezirk Bremen).

Jünger Maschinenmeister

19jährig, bewandert im besseren Altkindenz-, Werk- u. Plattendr., gut verstr. u. tüchtig. Vorgesetzter, auch bester Altkindenz- u. Werkseher. Angebote unter Nr. 464 an die Geschäftsstelle dieses Blattes erbeten.

Altkindenz Schweizerdegen

oder erfahrener, geschickter Drucker, der selbständig an großer Johanniseberger Schnellpresse rationell alle vor kommenden Arbeiten erledigen kann, auch bessere Kataloge mit Aufzählungen, in gut bezahlte, dauernde Stelle in kleiner Druckerei Oberhessens sofort gesucht. Angebote mit Zeugnisabschriften unter Nr. 473 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Einzahlungen an den „Nordsee-Verlag“ für den „Deutschen Buchdruckers“ auf Postfachkonto Leipzig Nr. 61328

Tüchtige Komplettgießer u. Zusatzer

für dauernde Beschäftigung gesucht. Schriftliche Offerte an:
 Schriftgießerei Ludwig & Maner, Frankfurt a. M. [352]

„Typographische Mitteilungen“
 Jahrg. 10, komplett bis auf Nr. 3, Jahrg. 11, 1-5, Jahrg. 16, komplett bis auf Nr. 4, Jahrg. 17, 1-2, 3, 8, 9, 10, 11, 12, Jahrg. 18 1-5, zu verk. Dtl. m. Preisangebots un., Nr. 475 an die Geschäftsst. dieses Blattes.

Arbeitsfreundiger Seher

19 Jahre alt, bewand. im Werk-, Altkindenz- und Zeilungsgef. suchl. sofort Stellung. Gleich wohin. Ueß. Angebote an:
 Ernst Wolff, Gröfenhofen (Bezirk Halle), Schloßstraße 10. [453]

Arbeitsfreund. jung. Seher suchl. sof. od. pl. Stellung. Da mit all. Säharren best. verstr., gleich in wech. Säharren, am liebst. jedoch als Altkindenz- od. Inkrationsseher. Stellung, auch angenehm, wo Gelegenheft u. Ausbild. an d. Maschine geboten ist. (Wohin gleich!) Angebote erbet. an W. Teep, Gröfenhofen i. Pomm., Baustraße 29.

Zusammenschluß aller nach Seherbegier. Geographischen Kollegen. Erstellung von brillantem Unterricht. Weiterbildung durch Abhalten von Preiswettbewerben. — Vereinsorgan: „Mitteilungen“ mit der adfälligen mustergetreue autographierten Beilage „Die Abungsfunde“ gegen einen Jahresbeitr. v. 6 Mk. Anst. a. d. Post. W. Hebermann, Wolfenbüttel.

Typographsehermaschinen, Siegelapparat, Anlegeapparat.
 Größtenteils, Matrizen usw. repariert schnell und preiswert. Monteur zur Verfügung. Größtenteils Referenzen. [241]
 Karl Hermann, Leipzig-Connewitz, Wiedemannstraße 27. (Tel. 35483.)

Briefmarken

auch Altkindenz-, Role-Streuz-Marken usw., nehme ab gegen Anzahl oder Bezahlung. Ein arbeitsloser, weil schon lange Zeit kranker Berufsgenosse bietet interessierte Kollegen hiermit um löbl. Unterstützung. [418]
 Hans Bauer, Waldsee (Würtl.), Herrgottsstraße 121.

Reparaturen, Montagen

werden gut und billig ausgeführt von:
 Paulus Morfensen, Düsseldorf, Jordanstraße 7.

Segregate und Kästen

sowie Formregate, Siegeregale, Maßschliffe, Balken- und Farbenchränke, Sähartrichter usw. liefern in bester Ausführung ab Lager.
 Begner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Strasse 112.

Maschinenband

Erdensqualität, liefern
 Begner & Moll, Düsseldorf, Graf-Adolf-Strasse 112.

Weniger Fingerquetschungen

und Mahulatur am Siegel mit Randsch Anlegemarken (Drehung 13 Mk.) und Randsch Vogenabheber (am Finger aufgesetzl., 3 Stück 3,30 Mk.)
 Raach, Stuttgart, Hohenzollernstraße 9.

Zur Aufnahme gemeldet

(Einwendungen innerhalb 14 Tagen an die beauftragte Adressat.)
 Am Gau Leipzig I. der Korrektor Albert Wellermann, geb. in Sulzbach bei Saarbrücken 1864; die Seher 2 1912; der Seher 3, Fritz Dählig, geb. in Leipzig-Reudnitz 1898, ausgel. in Leipzig 1917; die Drucker 4. Hermann Barowich, geb. in Stralund 1890, ausgel. in Rödel in Medienburg 1909; waren noch nicht Mitglieder; 5. S. Gabel, geb. in Wurnersdorf b. Kirchberg 1895, ausgel. in Meerane 1913; 6. der Galvanoplastiker Kurt Schmidt, geb. in Leipzig-Götzig 1893, ausgel. in Leipzig 1912; 7. die Seher 8. in Leipzig-Götzig 1914; 8. Malter Gangbamm er, geb. in Leipzig 1894, ausgel. den 1912; waren schon Mitglieder. — E. Hessebarth in Leipzig, Brüderstraße 9 I.

Verammlungskalender

Bielefeld. Bezirksversammlung Sonntag, den 12. Juni, nachmittags 1/2 Uhr, in der „Gefühlshalle“, Marktstraße 8. Anträge bis 5. Juni an den Vorsitzenden.
 — Verammlung Montag, den 6. Juni, abends 5/2 Uhr, in der „Gefühlshalle“, Marktstraße 8.
 Dresden. Korrektorenversammlung heute Sonnabend, den 28. Mai, abends 7/2 Uhr, im „Kaufbadhof“, Kaufbadstraße 16; Frankenberg i. Sa. Bezirksversammlung für die Orte Zugulmsburg, Sibba, Kainichen, Mittweide, Ottenorf und Frankenberg Sonntag, den 29. Mai, vormittags 9 Uhr, im „Gefühlshalle“, Marktstraße 8.
 Merseburg. Verammlung Sonnabend, den 4. Juni, abends 7/2 Uhr, in der „Gefühlshalle“, Marktstraße 8.
 Nordhausen a. S. Verammlung heute Sonnabend, den 28. Mai, abends 8 Uhr, im Vereinslokal „Sole Grünbler“.
 Jöblich i. Erzgeb. Bezirksversammlung für die Orte Obernau, Zeigefeld, Podan, Marienberg und Jöblich Sonntag, den 29. Mai, vormittags 9 Uhr, im „Gefühlshalle“, Marktstraße 8.
 (Stier zu eine Beilage.)

Verbandsmonument

von den während der „Burga“ 1914 herausgegebenen Postkarten mit dem Verbandsmonument
 ist noch ein kleiner Vollen zum Preis von 15 Pf. für zwei Stück (Preis- und Preisliste) abzugeben. Porto extra (bis zu 10 Stück 15 Pf.).
 Gegen Voreinrichtung des Betrags auf unser Postfachkonto, Leipzig Nr. 61328, zu beziehen von:
 Geschäftsstelle des „Norr.“

Unentbehrliche Werke!

Meyers Handlexikon
 92,50 Mk., Monatsrat. 10 Mk.
Juden, Rechtschreibung
 der deutschen Sprache und Fremdwörter
 21,60 Mk., Monatsraten 3 Mk.
 C. S. Dits & Co., Berlin-Nickersehe.

Musikinstrumente
 aller Art
 Max Dörfel, Klingenthal i. S.
 Preisliste gratis

Kernlederohlen

aus Zahnstohlerohlen gefasst, I. Qualität:
 Kinder 11, Damen 14,50, Herren (40/46) 17 Mk.
 Versand per Nachnahme, Porto und Verpackung wird berechnet. Wegen des hohen Preises sind Sammelbestellungen erwünscht. [46]

Sohlederanzüge

aus Zahnstohlerohlen gefasst, I. Qualität:
 Kinder 11, Damen 14,50, Herren (40/46) 17 Mk.
 Versand per Nachnahme, Porto und Verpackung wird berechnet. Wegen des hohen Preises sind Sammelbestellungen erwünscht. [46]

Elegante Serrenanzüge
 After, Paletots
 verliedbar zu sehr bill. Preisen.
 Für Nichtpassendes sende Geld zurück. Verlangen Sie gratis u. frei Katalog Nr. 12. Verlanth J. Kaller, München, Tal 19.

Am 17. Mal verschied nach langem Krankenlager unser lieber Kollege, der Drucker
Lambert Ebbing
 im Alter von 28 Jahren.
 Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm [470]
 Der Bezirksverein Düsseldorf.

Übermals haben wir den Tod eines Mitarbeiters zu beklagen. Am 17. Mal verschied nach langem Leiden unser lieber Kollege, der Drucker
Lambert Ebbing
 im Alter von 28 Jahren.
 Sein Andenken werden wir stets in Ehren halten.
 Die Kollegen der Firma
 H. Vogel, Düsseldorf.

Zur Sozialisierung der Papierfabrikation

Der heisse Streit, der um diese Frage gegenwärtig geht und der auch schon den Reichstag beschäftigt hat, ist für uns Buchdrucker von besonderem Interesse. Außer der gesamten Presse, für die die Sozialisierung der Papierfabriken eine Lebensfrage ist, sind auch die Werk- und Maschinenfabriker bei dieser Frage stark interessiert. Durch den Weltkrieg ist unsere Wirtschaft im allgemeinen von Grund auf zerrüttet und die geschäftlichen Begriffe von Anstand und guter Sitten außer Kurs gekommen. Gerade die Papierfabrikanten haben es verstanden, ihr Geschäft kräftig zu machen. Trotz dem Reich während des Krieges große Holzbestände den Papierfabriken zu billigeren Preisen zur Verfügung stellte, sind die Papierpreise rasend in die Höhe gegangen. Alle geschäftliche Moral ging an der unerfüllten Gewinnlust der Papiergewaltigen zugrunde. Das eine Sozialisierung der Papierfabriken eine unbedingte Notwendigkeit ist, wird außer den betreffenden Unternehmern niemand bestreiten können. Neben der Gefahr der Sinnlosigkeit der gesamten Papierfabrikation besteht noch die größere Gefahr der Ablagerung der gesamten Arbeiterpresse und somit einer einseitigen Beeinflussung der öffentlichen Meinung.

Es handelt sich für uns Buchdrucker darum, nicht nur in meist wertlosen Protesten, sondern durch die Tat zu dieser ersten Frage Stellung zu nehmen. Es muß Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft sein, hier praktisch zu zeigen, wie und wo sozialisiert werden kann und muß. Die Gründung von Papierfabriken auf genossenschaftlicher Grundlage wäre jedenfalls ein Ausweg, um den Papierbaronen einigermassen das Handwerk zu legen und die Stellung der Arbeiter- und Gewerkschaftspreise sicherzustellen.

Ob der im Reichstag eingebrachte Antrag, der auf Senkung der Preise für Druckpapier, Schaffung einer Preisprüfungsstelle für die Rohstoffe, Transporterleichterungen und Subvention mit je 6 Millionen Mark in drei Monaten abteilt, der richtige Ausweg ist, soll hier nicht beurteilt werden. Das eine ist sicher, wenn nicht schnell und kräftig zugegriffen wird, wird die graphische Arbeiterschaft den größten Schaden erleiden, denn nur eine Senkung der Papierpreise und die Garantie einer geregelten Wirtschaft, wie sie die Sozialisierung bietet, können unsere darniederliegenden graphischen Betriebe aus der gegenwärtigen Misere befreien.

Arbeiten wir alle mit, hier Breche zu legen. Hier gilt der Kampf einer edlen Sache, der Erhaltung unserer Arbeiterpresse und damit der Geltendmachung unserer Meinung. Unser Gegner ist auf gerüttelt. Die Millionen, die er während des Krieges herausgewirtschaftet, kommen ihm bei einem Kampfe gut zu Staunen.

Behalten wir aber auch die Frage einer genossenschaftlichen Lösung der Angelegenheit im Auge, denn hier ist uns eine Waffe in die Hand gegeben, die bei richtiger Anwendung den Gegner an seiner verundbarlichen Stelle, am Geldbeutel, trifft, und andererseits uns Meinungslosigkeit sichert.

München. G. Stähler.

Erhebung von besonderen Gebühren für Offertenbeförderung

Im „Allgemeinen Anzeiger für Druckereien“ sowohl wie in der „Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker“ heisst das Ersuchen an diejenigen, die auf eine Chiffreangelegenheit zu antworten beabsichtigen, das Porto für die Weiterbeförderung ihrer Briefe mitzuschicken, in folgender Form wieder:

Achtung! Bei Chiffreangeboten keine Chiffre auf den äußeren Umschlag schreiben. Auf dem inneren hat lediglich die Chiffre und eine 60-Pfennig-Marke für die Weiterbeförderung Platz zu finden. Mit Rücksicht auf die starke Erhöhung der Postgebühren müssen wir die Weiterleitung von Sendungen, denen die Marken fehlen, künstlich ablehnen. (Stillsch.)

Wir ersuchen, den an unsere Geschäftsstelle eingehenden Chiffreangeboten zur Weiterbeförderung an die betreffenden Interessenten Porto beizufügen. („Zeitschrift“)

Da dieses Ersuchen besonders die Stellersuchen angeht, für die es eine empfindliche Belastung darstellt, scheint es nicht unangebracht zu sein, einmal die Frage zu unteruchen, ob es berechtigt ist. Vorweg sei bemerkt, daß die Tagespresse und im allgemeinen auch die Fachpresse anderer Berufe ein solches Ersuchen nicht zu stellen pflegt.

Überlegen wir uns die Rechtslage: Der Besteller einer Chiffreangelegenheit bietet Angebote oder Anfragen auf seine Anzeige an die Geschäftsstelle der Zeitung aus, die seine Anzeige veröffentlicht. Der Geschäftsstelle gibt er den Auftrag, ihm die eingehenden Offerten zuzufügen. Für die Ausführung dieses Auftrages hat er meist eine Gebühr zu zahlen, und in jedem Falle verpflichtet er sich, die

Kosten der Überlegung zu tragen. Nichts deutet darauf hin, daß er beabsichtigt, diese Kosten auf diejenigen abzumägen, die seinem Wunsche nachkommen und auf seine Anzeige sich melden. Letztere entsprechen vielmehr völlig der an sie gerichteten Aufforderung, wenn sie ihre Briefe an die Geschäftsstelle schicken. Weiter verlangt der Interessent nichts. Mit der Überlegung an ihn hat er die Geschäftsstelle beauftragt und sich damit auch zur Tragung der Kosten verpflichtet. Es ist nicht anzunehmen, daß in dieser Auffassung ein Rechtsirrtum enthalten ist.

Ist sie aber zutreffend, so würde ein Verlag, der etwa unfrankierte Sendungen wirklich nicht weiterleitet, sich einer groben Verletzung des Vertrages schuldig machen, den er durch Veröffentlichung der Anzeige mit dem Interessenten abgeschlossen hat, und die Entsender von Chiffrebriefen würden Ursache haben, sich über eine erhebliche Schädigung ihrer Interessen zu beklagen. Man braucht ja nur daran zu denken, von wie verhängnisvollen Folgen es für einen Stellersuchenden sein könnte, wenn seine Bewerbungsbriefe einfach nicht weiterbefördert würden. Der „Allgemeine Anzeiger“ scheint sich nicht einmal, mit dieser brutalen Maßnahme offen zu drohen.

Es faucht unwillkürlich die Frage auf, ob nicht alle Merkmale einer ungerechtfertigten Verletzung vorliegen. Geben z. B. 50 Bewerbungen ein, denen allen 60 Pf. Porto „für die Weiterleitung“ beigelegt ist, so kommt man auf 30 Mk. Einnahme, denen eine Ausgabe von vielleicht nur 3 Mk. gegenübersteht. Ein Recht auf den Überschuss von 27 Mk. heilt der Geschäftsstelle nicht zu, und so wäre theoretisch nach § 812 B. O. B. der Anspruch auf Herausgabe dieses Überschusses durchaus begründet.

Diese Feststellungen sind keineswegs zu dem Besuche gemacht, zwei angelebene Sachblätter zu verdächtigen. Vielmehr sollen sie einen Brauch kennzeichnen, der offenbar, obwohl als lässig empfunden, Jahre hindurch gedankenlos als unabänderlich hingenommen worden ist, in Wahrheit aber ein Mißbrauch ist.

Nochmals: Lehrlingsentlohnung

Die Ausführungen des Kollegen Plarre in Nr. 51 dürfen nach meinem Dafürhalten nicht unwiderprochen bleiben. Grundverwehrt ist es, wenn angeführt wird, der Lohn der Lehrlinge müsse eine andre Staffelung erlaben. Weiter: „Vorr.-Kollege, unsere Lehrlinge erhalten keinen Lohn für ihre geleistete Arbeit, sondern laut Lehrplangordnung nur ein Stollgeld mit einer entsprechenden Zeugnisausgabe, die in allen Lehrjahren gleich ist. Daß der Unterschied des gezahlten Stollgeldes nur ein geringer ist, ist schließlich verständlich, denn letzten Endes hat ein Lehrling von 15 Jahren denselben Appell wie einer von 17 Jahren. Bedürfnisse persönlicher Art müssen eben die älteren Lehrlinge zurückstellen, solange sie noch Lehrling sind. Unklar ist mir, wie die vorgeschlagene Lohnstaffelung moralisch wirken soll. Unsere Lehrlinge werden größtenteils schon derart beschäftigt, daß eine Mehrleistung durch höhere Bezahlung in den einzelnen Jahrgängen wohl selten zu erwarten ist.

Besser wäre es gewesen, Kollege Plarre hätte für die Lehrlinge im allgemeinen eine Erhöhung des Stollgeldes gefordert als eine zum Teil bedeutende Reduzierung. In andern Berufen werden die Lehrlinge besser entschädigt als die Buchdruckerlehrlinge. Beispielsweise erhalten hier Gärtnerlehrlinge im ersten Halbjahre 21 Mk., im zweiten Halbjahre 30 Mk., im zweiten Jahre 34 Mk., und im dritten Jahre 48 Mk. Maurer- und Zimmererlehrlinge erhalten halbjährlich je nach 43,20, 47, 57, 66,20, 72, 80,80 Mk. Also nicht Verschlechterung, sondern Verbesserung, Erhöhung des Stollgeldes der Lehrlinge sei die Lösung.

Erfurt. P. K.

Appell an die Drucker des Kreises Berlin-Brandenburg

War schon in früheren Zeiten ein Zusammenschluß sämtlicher Druckerkollegen in Stadt und Provinz nötig, um unsere engeren Berufsinteressen in tariflicher Hinsicht zu wahren, uns in unsern technischen Können zu vervollkommen und die Kollegialität unter uns zu pflegen, so ist dieser Zusammenschluß in unsern heutigen beweglichen Zeit, die uns fast täglich vor neue Schwierigkeiten stellt, die wir in der Großstadt wohl am bestigsten verspüren und die ihre Wellen bis in die kleinsten Druckorte wirkt, zum eifernen Muth geworden.

Nach langem Bemühen ist es den Maschinenmeistervereinen Deutschlands, die nun durch die Zentralkommission des M. V. auch im Zentralvorstande des Verbandes der Deutschen Buchdrucker durch eine Stimme vertreten sind, im Jahre 1912 gegliedert, für die Drucker Sonderbestimmungen, die nicht geringe Vorteile und Klarheiten für uns brachten, im Tarif anzunehmen. Bei der letzten Tarifverneuerung ist es ferner gelungen, unsere schon lange berechtigte Forderung, daß der Drucker in der Regel nur

eine Maschine oder zwei Tiegel zu bedienen hat, durchzuführen (siehe § 72 des Tarifs). Für Rotationsmaschinen (siehe §§ 73 und 74) sind für die Bedienung und Bedienung dieser Maschinen durch Drucker ähnliche Vorteile herausgeschlagen worden. Aber wie sieht es mit der Durchführung dieser Bestimmungen in der Praxis aus? Da stoßen wir schon in der Großstadt auf Schwierigkeiten, und es bedarf des ganzen Einfasses der Maschinenmeistervereine, um den Umgebungsverleuten der Prinzipale die Spitze zu bieten. Und wenn es schon in der Großstadt so aussieht, wie soll es in den kleineren Orten, wo die Kollegen auf sich selbst angewiesen sind, ohne die in tariflichen Sachen angewiesenen Kollegen zur Seite zu haben, dem Unternehmer dadurch ausgeliefert und vielfach durch die Verbältnisse von ihm abhängig sind. Hier hilft nur enger Zusammenschluß, um den Tarif zur Durchführung zu bringen. Darum hinein in die Maschinenmeistervereine!

Ein neues Druckverfahren, der Offsetdruck, bedroht uns mit zunehmender Arbeitslosigkeit. In Berlin hat uns dieses Verfahren schon viel Abbruch getan, wie auch die Statistik des Arbeitsnachweises (augenblicklich 300 Drucker arbeitslos) kund gibt. Die Steindruckerei beanspruchen die Offsetmaschinen für sich, und es bedurft erst außerordentlicher Bemühungen aller beruflichen Instanzen, um Verhandlungen mit dem Verbandssteindruckerei, die augenblicklich schweben, anzubahnen, welche die Bedienung dieser Maschinen betreffen. Wenn wir noch erwägen, daß der Offsetdruck keinerlei Zurückung bedarf, daß er in achtstündiger Arbeitszeit 12—14000 Druck (Rollensmaschinen bis zu 6000 die Stunde) liefert, infolge dessen bedeutend billiger arbeitet, und wenn wir uns die Arbeiten ansehen, die von diesen Maschinen geleistet werden, so muß ein jeder Kollege erkennen, daß sie uns schwere Wunden schlagen. Ähnlich wird es auch im Steindruck kommen. Nur der Zusammenschluß aller kann dieser Gefahr begegnen. Darum hinein in die Maschinenmeistervereine!

Nun zur technischen Frage. Wenn wir unsern Blick nach Süddeutschland werfen, wo die Kollegen von der Notwendigkeit des Zusammenchlusses schon lange vor dem Krieg überzeugt waren, wo sich die Kollegen in den kleinsten Druckorten den Maschinenmeistervereinen der größeren Orte angeschlossen haben, so sehen wir, daß in technischer Hinsicht, hauptsächlich in Fragen der Zurückung, ein gewisses einheitliches Ganzes geschaffen ist. Dadurch ist es jedem Kollegen möglich, bei Standortwechsel sich schnell und leicht in die neue Umgebung zu finden, was man gerade von uns Norddeutschen nicht behaupten kann. Fast jede Firma hat ihre eigene Zurückungsmethode, und jeder Kollege weiß, wie schwer hier vielfach das Einarbeiten ist.

Der Kreis Berlin und seine Bezirksvororte sind nun bemüht, die Kollegen in Form von Vorträgen, gegenseitigem Austausch der Meinungen, durch Schriften über technische Angelegenheiten aufzuklären. Die Zentralkommission gibt zweimonatlich eine kleine Zeitschrift heraus, welche die hauptsächlichsten Berufsangelegenheiten behandelt und durch welche den Kollegen in zweifelsfreien Fällen Aufklärung zuteil wird. Die technischen Kommissionen der einzelnen Maschinenmeistervereine sind bereit und befähigt, über technische Angelegenheiten in eingehendster Art und Weise Auskunft zu erteilen.

Nur all diesem erleben wohl die Kollegen, daß ein engerer Zusammenschluß in unserer Sparte zu einem eifernen Muth geworden ist. Mag auch der eine oder der andre Kollege im kleinen Druckorte denken, für mich trifft dies alles nicht zu, so soll er auch daran denken, daß es eine Zukunft gibt, die ihn vor diese Frage stellen kann und wird. Mag auch vieles unsern Einrichtungen noch in den Anfangsgründen stecken und mangelhaft sein, so denkt daran, daß nur das Zusammenhalten aller etwas Gutes schaffen kann. Darum, Kollegen in den kleinen Druckorten, übt Solidarität, unterstützt uns in unsern und auch euren Forderungen, erkennt die Ansprüche der Gegenwart an jeden einzelnen und schließt euch in den Maschinenmeistervereinen enger zusammen!

Der Vorstand des Kreises Berlin der Maschinenmeistervereine Deutschlands.

Rundschau

Postenbefehung im Verbandsbureau. Die Faltung der Arbeiten auf unserm Verbandsbureau machte die Anstellung weiterer Hilfskräfte notwendig. Die im „Korr.“ vorgenommene Ausschreibung brachte nicht weniger als 75 Bewerbungen, obwohl der Wohnungsnot wegen nur Reflektanten in Berlin in Betracht kommen konnten. Als Hilfskraft für die Sekretäre ist nun Kollege Bernhard Kleinfeld und als Hilfskraft zur Führung der Hauptbücher Kollege Vincent Wrembel (beide aus Berlin) gewählt worden. Den übrigen Bewerbern spricht der Verbandsvorstand keinen Dank aus.

Treffende Bekämpfung der Verdrängerung. Wie leichtfertig manchmal Kollegen bei der Begründung dieser oder jener Auffassung im „Korr.“ vorgehen, beweist wieder einmal der Artikel des Kollegen O. F. in Kronach

In Nr. 46 unter der Überschrift ein „Mollschrei aus der Kleinstadt“. Wegen die in jenem Artikel angeführten „Bewelle“ des hohen Verdienstes der Porzellanarbeiter und deren geringen Verbandsbeitrages wendet sich nämlich in seiner Nr. 19 (13. Mai) das Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands „Die Melisse“ mit folgendem Protest:

Erstens verdienen nicht alle Porzellanarbeiter in Kronach 300 Mh. und mehr pro Woche, sondern nur einige von den besonders qualifizierten und gelerntsten Arbeitern. Zweitens kommt ein Beitrag von 2,40 Mh. (2,50 Mh. Beitrag kommt überhaupt nicht in Frage) nur bei einem Verdienst von 65 bis 150 Mh. pro Woche in Betracht. Wer über 220 Mh. verdient, muß 4 Mh. Beitrag zahlen. Drittens hat der Buchdrucker O. F. gerade einen Beitragsschlichter kennengelernt, der bei 300 Mh. Verdienst nur 2,40 Mh. Beitrag zahlt. Jedoch können wir nicht zugeben, daß allgemein unter Mitglieder so niedrige Beiträge zahlen, als da behauptet wird.

Sinngelungen möchten wir außerdem, daß in allen Gewerkschaften, wo niedrigere Beiträge als in unserm Verbands üblich sind, auch die entsprechenden Gegenleistungen auf dem Unterhaltungsgebiete erheblich geringer sind als in unserm Verbands. In gleicher Weise trifft das für alle Ställebeiträge nach der Lohnhöhe in den übrigen Gewerkschaften zu.

Unvollständige Fahrpreispolitik. Als Ergänzung zu unserm Artikel „Die Erhöhung der Vororttarife“ in Nr. 56 stellen uns ein Berliner Kollege nachträglich noch einiges Material zur Verfügung, aus dem die unvollständige Fahrpreispolitik des Reichsverkehrsministeriums noch drastischer hervorgeht. Er weist zunächst darauf hin, daß die neuere 50prozentige Mietpreiserhöhung in Berlin, wo bekanntlich bisher schon außerordentlich hohe Mietpreise auch für die bescheidensten Wohnungen üblich waren, für die Berliner Arbeitererschaft noch v.a. unangenehm wirkt, weil die 50 Pro. Erhöhung auf die bisherigen hohen Mietsummen einen viel höheren Betrag ausmacht als in Orten, wo bisher noch verhältnismäßig niedere Mietpreise üblich waren und außerdem noch die diesbezüglichen Zuschläge weit unter 50 Pro. blieben. Es werde daher den Großstadtkollegen schon von dieser Seite aus die Erläuterungsmöglichkeit außerordentlich ersperrt, so daß von einem Vorteil der in der Stadt wohnenden Kollegen gegenüber jenen der außerhalb der Großstädte wohnenden nicht mehr die Rede sein könnte. Für Berlin (und wir möchten noch hinzufügen: für alle deutschen Großstädte) kommt außerdem noch in Betracht, daß Wohnungen für Arbeiter innerhalb der Stadt immer leistungsfähiger werden, so daß der größte Teil der Arbeiter in die überfüllten Vororte und darüber hinaus gedrängt wird. Nun kommt durch die neue Fahrpreiserhöhung für Wochen- und Monatskarten noch hinzu, daß die Fahrpreise nach den nähergelegenen Vororten nach dem neuen Fahrpreistarif viel höher sind als nach den entfernteren, obwohl weiterhin aus die Wohnsmitteln wesentlich hinter jenen der Großstadt und ihrer direkt anschließenden Vororte zurückbleiben. So kostet z. B. ab 1. Juni in Groß-Berlin der Kilometer einer Monatskarte 3. Klasse nach Orten bis 5 km 5 Mh., nach Orten bis 7 km 3,58 Mh., nach Groß-Waldhagen 2,50 Mh., nach Schlachtensee 2,10 Mh., nach Wannsee 1,86 Mh., nach Potsdam 1,87 Mh.; im Fernverkehr 3. Klasse 3,90 Mh. und 4. Klasse 2,60 Mh. Dadurch wird der in Berliner Vororten wohnende Arbeiter stärker belastet als der entferntere Wohnende, da die Mietpreise für die letzteren billiger sind als in Groß-Berlin; denn eine Wohnung, die in Groß-Berlin monatlich etwa 75 Mh. kostet, erfordert weiter entfernt etwa 45 Mh. monatlich; trotzdem braucht aber die große Mehrzahl der in Groß-Berlin wohnenden Arbeiter noch die Eisen- oder Straßenbahn, deren Fahrpreise für sie relativ viel höher sind als jene der entfernteren Wohnenden. Es wird also den Arbeitern, die in den Großstädten wohnen, nicht nur nichts geschenkt, sondern sie werden als Bewohner der Vorortsmietshäuser durch die durch und durch unvollständige Fahrpreispolitik noch besonders gerupft.

Die Vertretung Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener vor den Versorgungsgerichten. Eine Anfrage des Reichsstaatsabgeordneten Richard Meier (Zwickau) bei der Reichsregierung, ob Kriegsbeschädigte und Kriegs-hinterbliebene sich vor den Militärverorgungsgerichten und dem Reichsverorgungsgericht durch Bevollmächtigte, d. h. durch bei den Organisationen angestellte (also bezahlte) Personen, vertreten lassen können, hat der Staatssekretär im Reichsarbeitsministerium, Dr. Oels, wie folgt beantwortet: „Kriegsbeschädigten und Kriegs-hinterbliebenen steht es frei, zur mündlichen Verhandlung vor den Militärverorgungsgerichten und dem Reichsverorgungsgericht selbst zu erscheinen oder durch Bevollmächtigte sich vertreten zu lassen. Zum Bevollmächtigten kann jede prozessfähige Person ohne Rücksicht auf Beruf und Vorbildung bestellt werden. Allerdings kann das Gericht Bevollmächtigte zurückweisen, die das Verhandeln vor Behörden geschäftsmäßig betreiben. Dies gilt jedoch nach ausdrücklicher gesetzlicher Vorchrift nicht für Vertreter gemeinnütziger oder wirtschaftlicher Organisationen, also auch nicht für Vertreter von Verbänden der Kriegsbeschädigten und Kriegs-hinterbliebenen. Dabei ist es belanglos, ob es sich um ehrenamtlich tätige oder um angestellte Vertreter dieser Organisationen handelt. (Vgl. § 15 der Verordnung der Reichsregierung über Änderung des Verfahrens in Militärverorgungssachen vom 1. Februar 1919 (RGBl. S. 149)).“

Gewerkschaftsinternationale und obersteinständige Frage. Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam hat sich in seiner letzten Sitzung mit dem politischen Zustand in Oberhessen befaßt. Nachdem der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Pelpart, eingehend Bericht erstattet hatte über die politischen Verhältnisse und deren Begünstigung durch die französische Besatzung, wurde beschlossen, daß der Internationale Gewerkschaftsbund eine aus Souvaur (Paris),

Williams (London) und Firmen (Amsterdam) bestehende Untersuchungskommission baldigt nach Oberhessen entsende, die dort an Ort und Stelle in Gegenwart von deutschen und polnischen Gewerkschaftsvertretern Feststellungen für eine objektive Beurteilung der Schuldfrage vornehmen soll.

Unzulässige Entlassung älterer Arbeiter. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlins hat eine Firma, die zwei Arbeiter nach 28 bzw. 26jähriger Tätigkeit unter dem Vorwande, daß sie nicht mehr im Besitze ihrer vollen Leistungsfähigkeit seien, unter Bewährung einer widerrechtlichen Pension von 100 Mh. monatlich entlassen hatte, zur Wiedereinstellung der betreffenden Arbeiter verurteilt. Wehrt die Firma die Wiedereinstellung ab, werden den Beschwerdeführern auf Grund des § 87 des BVO. sechs Zwölftel des letzten Jahresarbeitsverdienstes zugesprochen. Zur Festsetzung dieses Betrages wird dem Beschwerdeführern aufgegeben, innerhalb acht Tagen dem Schlichtungsausschuß den Nachweis des letzten Jahresarbeitsverdienstes mitzuteilen. Begründung: Nach Prüfung der Sachlage erblüht der Schlichtungsausschuß in der Entlassung der Beschwerdeführer eine unbillige Härte nach Ziffer 84 Abs. 4 des BVO. Die Beschwerdeführer waren 28 bzw. 26 Jahre bei der Firma tätig, und seitens der Antragsgegnerin ist nicht der Beweis erbracht, daß sie ihren Obliegenheiten nicht nachkommen könnten, auch ist § 133 Ziffer C Abs. 4 der BVO. nicht angezogen worden. Auch hat die Firma nicht den Nachweis erbracht, daß ein wichtiger Grund für die Entlassung vorlag. Die Kammer vertritt die Auffassung, daß nach der langen Beschäftigungsdauer der Beschwerdeführer in ihrer Entlassung eine unbillige Härte liegt und kam zum Höchstmaß der Entschädigung.

Feuerungszahlen für Leipzig. Nach den regelmäßigen Erhebungen des Statistischen Amtes der Stadt Leipzig (Dr. Rübner) ergaben sich für das laufende Jahr folgende Ziffern für alle wichtigen Lebensbedürfnisse (ohne Neuanpassung von Kleidung) für eine fünfköpfige Familie (zwei Erwachsene und drei Kinder von 12, 7 und 1 1/2 Jahren) als Wochenausgabe:

Januar 1921	348 Mh.	Durchschnittslohn eines verheirateten Buchdruckers in Leipzig etwa	255 Mh.
Februar	342 "		270 "
März	336 "		270 "
April	308 "		270 "
Mai	304 "		270 "

In den Preisen für Nahrung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung ist eine gewisse Stodung eingetreten. Der Rückgang der Preise einiger Nahrungsmittel erst wurde durch das Wiederanziehen der Preise anderer Nahrungsmittel, z. B. für Eier, Schmalz usw., wieder aufgehoben. Dazu mußte der Wohnungspreis um ein geringes höher eingeseht werden.

Indexziffern für Frankfurt a. M. nach Dr. Elfas. Nach dem seit September 1919 durch Dr. Moritz Elfas für Frankfurt a. M. regelmäßig vorgenommenen wertschätzlichen begründeten Erhebungen über die Kosten der Lebenshaltung in Frankfurt a. M. ergeben sich unter Berücksichtigung der Lebensmittel, der Kleidung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung sowie Versicherung für die zweimonatlichen Termine folgende Indexziffern für die Lebenshaltung einer vierköpfigen Familie:

1. Januar 1914	26,5 (Calwerische Ziffer)
1. April 1919	100
1. September	116
1. November	125
1. Januar 1920	170
1. März	198
1. Mai	289
1. Juli	277
1. September	281
1. November	316
1. Januar 1921	311
1. März	297
1. Mai	280

Nach Dr. Elfas steht dieser mäßige Rückgang innerhalb der letzten Monate in einem gewissen Widerspruch zu dem schlechten Stand unserer Valuta. Er sei lediglich dem Preisrückgang aller Güter auf dem Weltmarkt, der uns trotz unserer schlechten Valuta, allerdings dadurch nur sehr abgeschwächt, zu fassen kommt. In einem „Beitrag zum Lohnproblem“ zieht Dr. Elfas aus der wirtschaftlichen Lage der Gegenwart folgende Folgerung: „Die Löhne, die der Feuerung nicht angeglichen sind, können sojald wirksam heute (im Beharrungszustand des Preisniveaus) nur dann den Vorprung der Preise einholen, wenn die Arbeitnehmer auch bei weiterer Preislenkung imstande sind, einen Lohnabbau zu verhindern oder wenigstens zu verlangsamen. Den Führern der Arbeiter erwächst aus dieser Sachlage eine verantwortungsvolle und schwierige Aufgabe. Die Erfahrungen der langen Periode zunehmender Geldentwertung haben aber den Arbeiter gelehrt, daß die Lohnhöhe allein nicht ausschlaggebend ist, sondern ebensosehr die Kaufkraft des Geldes. Hieran müssen die Führer der Arbeiter sich halten, wenn sie sich verlagern, für unzeitgemäße Lohnforderungen, die auch im günstigsten Falle nur einen nominalen Erfolg zeitigen können, einzutreten. Andererseits begeben die Unternehmer einen Irrtum, wenn sie etwa die Zeit schon für gekommen halten, um einen Lohnabbau zu erreichen. Sie würden damit den beflügeltsten Widerstand der Arbeiter entfesseln. Ehe an einen Lohnabbau herangegangen werden darf, muß unter allen Umständen erst der Lebensstandard der Vorkriegszeit erreicht werden. Im übrigen bräuchte es letzten Endes auch den Unternehmern nur Nachtelle, wenn der inländische Konsum noch weiter einschrumpft in einer Zeit, in der auch der Export nachzulassen beginnt.“

Lebensmittelforderung. Seit Jahr und Tag drückt eine schwere Nahrungsnot das Proletariat nieder. Der hart ironende Arbeiter, seine Frau, die mit ihrem Blute

den Nachwuchs zum Leben erweckt und im Haushalt von früh bis spät sich abmüht, seine Kinder, deren arder, schwächlicher Körper sich kräftigen soll, sie alle leiden unter unzureichender Nahrung. Sein Wunder, daß Unterernährung und Blutarmlut, Nervenschwäche und vor allem die Schwindsucht sich immer mehr ausbreiten! Vom Ausland können wir infolge unserer gänzlich zerfallenen Finanzen Lebensmittel nur in beschränkter Menge einführen, im Inland aber halten die Landwirte in immer größerem Umlange die ablieferungspflichtigen Erzeugnisse zurück, sie verflüchten sie oder bringen sie zu einem für den Arbeiter unerträglichem Preise in den Schleichhandel. Daneben werden noch riesige Mengen wertvoller Nahrungsmittel durch Vergärung in Brauereien und Brennereien der Volksernährung entzogen — mit gültiger Genehmigung der Regierung und des Reichstags! Auf diese in der Zeit drückendsten Nahrungsmittel gewiß unverantwortliche Vergeudung von Gerste, Kartoffeln, Zucker, Obst usw. weist der Arbeiter-Abstinenz-Bund in seinem neuesten Flugblatt hin. Man habe im Wirtschaftsjahr 1920/21 u. a. für die Brauereien 9 1/2 Millionen Zentner Gerste genehmigt, d. h. für vier viermal soviel Gerste wie für Graupen, vierundzwanzigmal soviel wie für Ackerbohnen, hundertmal soviel wie für Malzextrakt. „Sollen die darbenenden Volksmassen sich mit weniger Brot und Nährmitteln begnügen, sollen eher elende Kinder und Frauen Gröhe, Graupen, Gloden, Zwieback, Malzextrakt einbeiben, damit Bier gebraut werden kann?“ Die Arbeiterorganisationen mühen sich dafür einzusetzen, daß alle Lebensmittel restlos der Ernährung des Volkes zugute kommen, und kein Arbeiter dürfe die schändliche Mißwirtschaft durch sein Erinken weiter fördern. — Zweifellos verdient die in diesem Flugblatt behandelte Frage die größte Beachtung der gesamten Arbeitererschaft.

Die internationale Kohlenproduktion 1920. Ziffern der Kohlenproduktion im vergangenen Jahre liegen aus folgenden Ländern vor: den Vereinigten Staaten, England, Deutschland, Frankreich, Holland, Belgien. Die Kohlenförderung der Vereinigten Staaten hat sich im Vergleich zum Jahre 1913 um 68 700 000 Tonnen erhöht (517 Millionen Tonnen 1913 gegenüber 586 Millionen Tonnen im Jahre 1920). Demgegenüber betrug die Kohlenproduktion der oben erwähnten fünf europäischen Staaten 530 Millionen Tonnen im Jahre 1913 und 426 Millionen Tonnen im Jahre 1920. Es ist also eine Abnahme von 104 Millionen Tonnen zu verzeichnen. Die lebende Menge wurde nicht nur durch den amerikanischen Import, sondern durch eine erhöhte Verwendung der Wasserkrafts wellgemacht.

Tarifamt der Deutschen Buchdrucker

Berlin SW 48, Friedrichstraße 239
Briefadresse: z. B. des Geschäftsführers Herrn Paul Schilleb

Einheitslohnbeschlüßiger Nachtrag zum Vergleichnisse der Tarif anerkennenden Firmen vom 30. April 1914.

(Die nachfolgenden Firmen haben um Aufnahme in die Tarifgemeinschaft nachgehakt. Falls nicht innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung an begründete Proteste gegen die Aufnahme derselben beim Tarifamt einlaufen, gelten die Firmen als aufgenommen.)

- I. Kreis. Celle: Jermig, August. — Hannover: Schildeb, Johannes (Sohn); Theodor Schildeb. — Osnabrück: Handelsdrucker, G. m. b. H.; Renard & Wegmann. — Salzgitter: „Berg“-Werke, G. m. b. H.
- II. Kreis. Söhne: Amiel, Philipp, Nachf. — Adenstedt: Brügmann & Winkel. — Magdeburg: Arnold, Ernst. — Garbrücken: Sonnenburg, A., G. m. b. H. — Witten (Ruhr): Bornmann, Hermann.
- III. Kreis. Mainz: Biehl & Feuer (Wilhelm Biehl, Paul Feuer). — Offenbach a. M.: Stempel-Bauer (Waldemar Bauer).
- IV. Kreis. Karlsruhe: Ebner, Richard.
- V. Kreis. Göttingen: Heilig, Otto. — Halle (Saale): Heilig, Gebhard (Gebhard Heilig, Waldemar Heilig). — Gießen (Hr.): Gschomler, B. (Sohn); Ewald Schmidt). — Magdeburg: Heilmann, Paul.
- VI. Kreis. Dresden: Pohl, Hugo; Roggeberg & Walther (Wilhelm Roggeberg, Dr. Karl Walther). — Sargfelsen: Mühlmann, F. R. — Leipzig: „Printer“, G. m. b. H., Berlin, Zweigstelle Leipzig; Vogel, C. & M. (Mar und Caroline Vogel); Wühler, Paul. — Meerane: „Meeraner Lagerhall“, Range & Co. (Rath); Kreis, Werner; Franke, Bruno; Wittenberg, S. (Surtz); Jander & Seidler, vormals Frh. Jander (Sohn); Bergin & Wilsbach.
- VII. Kreis. Breslau: Scholz, Arthur (früher Boh). — Gletzig: Verlag „Die rote Fahne“, G. m. b. H., Berlin, Filiale Gletzig. — Algenli: Koelz, Paul. — Radzionkau: Frank, A. — Schönbach (O. V.): Felglicke & Jamer.
- VIII. Kreis. Braunschweig a. d. S.; Walters, Friedrich. — Staragard I. P.: Buchdruckerei Bary (Sons Barz).

Aus dem Vergleichnisse der tariffreien Buchdrucker-reien werden geschlossen die Firmen:

- Kreis II: Buchdrucker Friedrich Helm in Radevormwald; Firma Ern R. Schmidt in Solingen.
- Kreis III: Buchdrucker Oskar Dohmer in Gelsdorf.
- Kreis VI: Buchdrucker Chr. Verlach in Mühlhausen i. Thür.
- Kreis X: Buchdrucker Oskar de Lemos in Hamburg; Buchdrucker Gullav Verbeau in Neumünster i. S.
- Kreis XII: Buchdrucker Max Groner & Co. in Tilsit, Berlin, 10. Mai 1921.

G. A.: Paul Schilleb, Geschäftsführer.

Tarifausschub der Deutschen Buchdrucker

Tarifkreis VIII (Groß-Berlin)

Als Beitrag zu den Inhalten für den Arbeitsnachweis und das Schlichtungsamt haben alle Gehilfen des Tarifkreises, die dem Verbands der Deutschen Buchdrucker oder dem O.V.-Bertrag an gehören, für das Jahr 1921 1 Mh. zu entrichten, sofern nicht die Organisationen für ihre Mitglieder den Betrag selbst übernehmen. Derselben Gehilfen, die vorliegenden Organisationen nicht angehören, haben einen Beitrag von 3 Mh. zu entrichten, wenn sie als tariffreie Gehilfen gelten wollen.

Die Beiträge sind bis spätestens 25. Juni an den Unterzeichnenden abzuführen.
Berlin SO 16, Engelhufer 14 I.
Albert Mallin, Gehilfenvertreter.